

ENGAGIERT, KREATIV & KONSTRUKTIV:
DIE GRÜNEN 2009 - 2013
IM HESSISCHEN LANDTAG

17+4 Abgeordnete
29 Konzepte
27 Gesetzentwürfe
1193 Anträge
868 Anfragen

Bilanz

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTIION HESSEN



INHALT

Einleitung	3
Umwelt & Energie	4
Bildung	6
Europa.....	9
Soziales.....	10
Haushalt & Finanzen.....	12
Petitionen.....	15
Wirtschaft & Verkehr	16
Hauptausschuss.....	19
Innen.....	21
Wissenschaft & Kultur.....	24
Recht&Integration.....	27
Service & Kontakt	31

IHRE ABGEORDNETEN

TAREK AL-WAZIR

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Medienpolitik
0611 / 350 580
t.al-wazir@ltg.hessen.de

MARCUS BOCKLET

Sozialpolitischer Sprecher -
Arbeit, Armutsbekämpfung,
Kindern und Familie, Aus-
und Weiterbildung
0611 / 350 633
m.bocklet@ltg.hessen.de

ANGELA DORN

Sprecherin für Umwelt, Ener-
gie und Klimaschutz
0611 / 350 634
a.dorn@ltg.hessen.de

ELLEN ENSLIN

Sprecherin für Kommunales
und Datenschutz
0611 / 350 620
e.enslin@ltg.hessen.de

SIGRID ERFURTH

Stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Finanzen, Eu-
ropa und Schutz der Werra
0611 / 350 743
s.erfurth@ltg.hessen.de

MARTINA FELDMAYER

Sprecherin für Landwirt-
schaft, Gentechnik, ländli-
chen Raum, Verbraucher-
schutz und Kultur
0611 / 350 748
m.feldmayer@ltg.hessen.de

JÜRGEN FRÖMMRICH

Innen- und Rechtspolitischer
Sprecher
0611 / 350 632
j.froemmrich@ltg.hessen.de

URSULA HAMMANN

Vizepräsidentin des Land-
tags, Sprecherin für Natur-
und Tierschutz
0611 / 350 741
u.hammann@ltg.hessen.de

FRANK KAUFMANN

Sprecher für Haushalt, Flug-
hafen Ffm, Landesentwick-
lung und Regionalplanung
0611 / 350 747
f.kaufmann@ltg.hessen.de

KAI KLOSE

Sprecher für Wirtschafts-,
Wohnungs-, Lesben- und
Schwulenpolitik
0611 / 350 673
k.klose@ltg.hessen.de

MONNE LENTZ

Sprecherin für Jugend, Drogen,
Frauen und Gleichstel-
lung
0611 / 350 742
m.lentz@ltg.hessen.de

DANIEL MACK

Sprecher für Netzpolitik und
Sport
0611 / 350 744
d.mack@ltg.hessen.de

DANIEL MAY

Sprecher für Wissenschaft,
Kunst, Hochschule und
Forschung
0611 / 350 794
d.may@ltg.hessen.de

KARIN MÜLLER

Sprecherin für
Verkehrspolitik
0611 / 350 745
karin.mueller@ltg.hessen.de

MÜRVET ÖZTÜRK

Sprecherin für Integration,
Migration und Petitionen
0611 / 350 740
m.oeztuerk@ltg.hessen.de

KORDULA SCHULZ-ASCHE

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Demografi-
schen Wandel, Gesundheit
und Behindertenpolitik
0611 / 350 749
k.schulz-asche@
ltg.hessen.de

MATHIAS WAGNER

Parlamentarischer Geschäftsführer, Sprecher für Bildung
0611 / 350 746
m.wagner@ltg.hessen.de

EINLEITUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

langsam aber sicher rückt der 22. September näher. An diesem Tag finden sowohl die Bundestagswahl als auch die hessische Landtagswahl statt. Die hessische Landesregierung aus CDU und FDP schleppt sich diesem Termin entgegen. Verbraucht und erschöpft hofft sie darauf, dass die gleichzeitig stattfindende Bundestagswahl sie rettet. Die vermeintliche Beliebtheit Angela Merkels soll die magere Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung vergessen machen. Diese durchsichtige Strategie wird aber nicht aufgehen, denn Hessen will den Wechsel und die Bürgerinnen und Bürger werden sich nicht von Schwarz-Gelb hinter Licht führen lassen. Zuviel Geld ist verschwendet, zu viele wichtige Zukunftschancen sind verpasst und zu viele Posten und Pöstchen sind verschachert worden. Eine andere, frische Politik muss her, mit Antworten auf die wichtigen Fragen von heute und morgen – und unsere Bilanz zeigt: Wir sind bereit und haben unsere Hausaufgaben gemacht!

Während unserer Zeit auf der Oppositionsbank haben wir uns keinesfalls zurückgelehnt und der schwarz-gelben Stillstandsverwaltung tatenlos zugesehen. Stattdessen haben wir mit unseren 17 Abgeordneten (vier gehen mittlerweile anderen Tätigkeiten nach, für diese sind neue Abgeordnete dazugekommen - so erklärt sich auch das Titelbild) das getan, was man eigentlich auch von einer Regierung hätte erwarten können: Wir haben detaillierte Vorschläge und Ideen für die Zukunft Hessens entwickelt und diese in unseren Konzeptpapieren niedergeschrieben. Mittlerweile haben wir 29 Konzepte zu wichtigen landespolitischen Themen fertiggestellt, in denen wir uns die Fragen gestellt haben: Wie ist der aktuelle Stand? Was sind unsere Ziele und wie können wir sie erreichen?

Natürlich stehen dabei unsere GRÜNEN Kernthemen Energiewende, Bildungs- und Betreuungspolitik sowie Transparenz und Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt. Schwarz-Gelb hat Hessen zum Schlusslicht in Sachen Energiewende gemacht – wir wollen bis 2030 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energie gewinnen. Wir wollen eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschüler. Nach fast 15 Jahren verfehlter schwarz-gelber Schulpolitik ist Zeit für einen Schulfrieden. In allen Themengebieten stehen wir GRÜNE für einen Politikansatz des gemeinsamen Gestaltens im Dialog mit den hessischen Bürgerinnen und Bürgern im Gegensatz zu dem schwarz-gelben Politikstil nach Gutsherrenart.

Wir haben eine engagierte Oppositorarbeit geleistet und sind mit unseren Konzepten und Ideen gewappnet für den Wechsel. In dieser Broschüre wollen wir Ihnen unsere Arbeit in dieser Legislaturperiode vorstellen. Anders als die Landesregierung müssen wir unsere Bilanz nämlich hinter niemandem verstecken.

Viel Spaß beim Lesen



Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender

P.S.: Sie können gerne jederzeit mit Anregungen, Fragen, Kritik oder auch Lob auf uns zukommen. Ihnen stehen alle Kanäle offen. Die notwendigen Informationen dafür finden Sie in dieser Broschüre oder auch im Internet:

www.gruene-hessen.de

ÜBER DIESE BILANZ

STRUKTUR UND INHALT

Der Inhalt unserer Bilanz der 18. Legislaturperiode ist anhand der parlamentarischen Ausschüsse gegliedert. In den meisten Themenbereichen finden Sie neben dem Fließtext zwei grüne Kästen. In „Konzepte für Hessen“ finden Sie jeweils vorgelegten Konzeptpapiere (im Internet: <http://gruenlink.de/2pw>), in „Im Parlament“ die wichtigsten Parlamentarischen Initiativen. Dabei bedeutet die Abkürzung „Drs.“ Drucksache und bezieht sich auf die im Landtag vergebene eindeutige Drucksachennummer zur entsprechenden Initiative. Außerdem geben wir häufig Web-Adressen in der Form „<http://gruenlink.de/...>“ an (siehe oben). Dies sind verkürzte Internet-Adressen und führen direkt auf weiterführende Informationen auf unserer Webseite: www.gruene-hessen.de.

IM NETZ

Darüber hinaus bieten wir unsere Bilanz auch in digitaler Form an unter: www.gruene-hessen.de/bilanz



UMWELT & ENERGIE

ANGELA DORN



Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz

URSULA HAMMANN



Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, Sprecherin für Natur- und Tierschutz

Umweltschutz, Naturschutz und Tierschutz sind für uns GRÜNE die Basis für den Erhalt unserer Ressourcen, des Klimas und der Vielfalt auf unserer Erde. Auf dem hessischen Energiegipfel wurde im September 2011 fraktions- und gesellschaftsübergreifend der Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende in Hessen beschlossen. Wir stellen mit großem Bedauern fest, dass Schwarz-Gelb verantwortungslos beim Umgang mit der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Atommüllendlagerung und blockierend beim Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien agiert. Wir GRÜNE wollen und können die Energiewende voranbringen und stehen für echten Klimaschutz. Wir haben einen 7-Punkte-Plan erarbeitet, der alle Bereiche einer erfolgreichen Energiewende aus Strom, Wärme und Verkehr einbezieht. Ebenso gilt es, energieeffizienter zu arbeiten und zu leben. Wir wollen bis 2030 den Strom in Hessen aus 100 Prozent erneuerbaren Energien. Und wir wollen die Energiewende in die Hände der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen legen.

Einen großen Teilerfolg konnten wir für die saubere Energieversorgung gemeinsam mit den Bür-

gerinnen und Bürgern und Bürgerinitiativen erreichen. Die Landesregierung hat die Erlaubnis in Nordhessen für die unkonventionelle Erdgasförderung mit Hilfe der Hochrisikotechnologie Fracking unter Einsatz von toxischen Chemikalien untersagt. Gegen die Untersagung wurde inzwischen Klage eingereicht. Wir hegen daher große Zweifel, dass die Landesregierung professionell und rechtssicher gehandelt hat und wollen daher alle rechtlichen Voraussetzungen schaffen, die den Einsatz des umweltgefährdenden Frackings in ganz Hessen unmöglich machen.

In Hessen wollen wir den Schutz der bedeutsamen oder seltenen Arten und Lebensräume wieder mehr in den Fokus rücken. Dafür sind Maßnahmen wie der Aufbau eines hessenweiten Biotopverbunds, die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, eine bessere Durchgängigkeit von Fließgewässern, die Aufarbeitung der Rote-Liste-Arten und eine angemessene Ausstattung der Naturschutzbehörden nötig.

Die hessischen Wälder sollen mit einer naturnahen Waldwirtschaft bewirtschaftet werden auf Grundlage strukturreicher, altersgemischter Wäl-

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

UMWELTSCHUTZ – DIE HERAUSFORDERUNG DES 21. JAHRHUNDERTS

Sauberer Wasser, gesunde Luft, intakte Böden, eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt, unsere Wälder und der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind der Schwerpunkt dieses Konzeptes. Die Energiewende ist sicherlich ein umweltpolitisches Mega-Thema, aber die anderen umweltpolitischen Herausforderungen in Hessen dürfen nicht übersehen werden. Wir GRÜNE machen in unserem Umweltkonzept konkrete Vorschläge für die wichtigsten Handlungsfelder hessischer Umweltpolitik.

ZUKUNFTSENERGIE 2030

Wir GRÜNE haben zwei Konzepte unter dem Titel Zukunftsenergie 2030 erarbeitet. In unserem Konzept „100% Erneuerbarer Strom“ zeigen wir, wie wir die Energiewenden in Hessen endlich voranbringen wollen. Bis 2030 kann Hessens Stromverbrauch komplett durch Erneuerbare Energien abgedeckt werden, dabei spielt insbesondere die Windkraft eine große Rolle. In unserem „Wärmekonzept für Hessen“ haben wir ausgearbeitet, wie wir in Hessen den Energieverbrauch zur Wärmeerzeugung bis 2030 um 36 Prozent reduzieren können. Dies würde nicht nur dem Klima zugutekommen sondern auch die energetische Modernisierung Hessens voranbringen und damit ein Investitionsprogramm für das hessische Handwerk darstellen.

GRÜNE AGRARPOLITIK IN HESSEN

Hessens Landwirtschaft hat für uns GRÜNE eine hohe Bedeutung, denn sie soll uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen und unser Ernährung sicherstellen. Zudem hat sie eine hohe Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Landschaft. Dieses Konzept stellt unsere grünen Ideen für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft in Hessen vor, die den aktuellen Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Klima, Biodiversität, Wasser, Tierschutz, Arbeit und Verbraucherschutz gerecht wird.

MODERNE GRÜNE VERBRAUCHERPOLITIK

Für uns GRÜNE ist Verbraucherschutz ein modernes Bürgerrecht. Ein chancengerechter Zugang zu Verbraucherinformationen ist genauso wichtig, wie die Sicherheit beim Einkauf von Lebensmitteln und Alltagsgütern. Undurchsichtige Kennzeichnungen oder Persönlichkeitseingriffe in digitalen Medien sind gravierende Fälle von Verbrauchertäuschung und müssen durch Transparenz, Bildung und Beratung abgeschafft werden.



der. Die Aufweichung der Bannwaldverordnung werden wir zurücknehmen, damit Bannwald tatsächlich wieder vor Rodungen geschützt ist.

Wir wollen eine Agrarförderung, die an gesellschaftliche Leistungen wie Natur- und Tier- schutzmaßnahmen geknüpft wird. Haltungssysteme sollen sich den Nutztieren anpassen, nicht umgekehrt. Das ermöglicht in der Folge auch, dass nur Tiere mit Antibiotika behandelt werden, die tatsächlich krank sind. Die hohe Nachfrage nach Öko-Lebensmitteln in Hessen kann nur mit einer verlässlichen Förderung und besseren Absatzstrukturen bedient werden. Hessens ländes eigene Flächen sollen gentechnikfrei bleiben. Anbau und Nutzung von Bioenergie dürfen nicht zur Belastung der Umwelt führen. Die Förderkriterien für Biomasseanlagen werden wir überarbeiten und an ökologischen Zielen ausrichten.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Die Landesregierung hat beim Verbraucherschutz in Hessen versagt. Wir wollen, dass Verbraucherpolitik sich mit sicheren Finanzprodukten und

mit Persönlichkeitsschutz im digitalen Zeitalter befasst. Wir wollen die Kontrolle von Lebensmit teln, Alltagsprodukten und Futtermitteln in Hessen schlagkräftiger machen durch mehr Transparenz und einer finanziellen und personellen Stärkung der amtlichen Lebensmittelkontrolle. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mit einer Hygieneampel am Eingang von Gaststätten erfahren, was die letzten amtlichen Lebensmittelkontrollen ergeben haben. In Schulen soll es eine gesunde, ökologisch und regional erzeugte Pausen- und Mittagsverpflegung geben.

Für uns muss das Staatsziel Tierschutz im Grund gesetz klar erkennbare Auswirkungen im alltäglichen Umgang mit Tieren von der Züchtung über die Haltung und den Transport bis zur Schlach tung haben. Tierversuche müssen durch den Einsatz von Alternativverfahren deutlich reduziert werden. Auch Tierheime, die einen großen Beitrag in der Gesellschaft leisten, sollen künftig mehr Beachtung finden und über eine Stiftung für den hessischen Tierschutz unterstützt werden.

**MARTINA
FELDMAYER**



Sprecher für Landwirtschaft, Gentechnik, ländlichen Raum, Verbraucherschutz und Kultur

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Mit mehreren Anträgen (Drs. 18/7011, 18/5526 und 18/5541) wollen wir den Einsatz der Hoch risiko-Technologie Fracking mit umweltgefährdenden Chemikalien zur Förderung von unkonventionellem Erdgas verhindern. Dazu fordern wir als erstes von der Landesregierung, ein sofortiges Moratorium für umweltgefährdendes Fracking in ganz Hessen auszusprechen;
- Zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende haben wir GRÜNE vier Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetze (Drs. 18/350, 18/448, 18/827, 18/1056) eingebracht. Diese stärken die Kommunen bei der lokalen Umsetzung, setzen konkrete Klimaschutzziele für Hessen fest und ändern den Landesentwicklungsplan um die Energiewende voranzubringen;
- Ein Antrag zu Umweltzonen (Drs. 18/4196), der die Blockadehaltung der Landesregierung aufbrechen soll und sie auffordert, ein Konzept vorzulegen, wie sie die gesundheitsgefährdende Stickstoffdioxidbelastung in Hessen entsprechend den verbindlichen EU-Grenzwerten reduzieren will;
- Initiativen und eine Fachveranstaltung (8. März 2013) zu Massentierhaltung und Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung (z.B. Drs. 18/5968 und 18/6903) sowie ein Aktionsplan (<http://gruenlink.de/kku>) sollen auf die Problematik hinweisen, die vor allem in Nordhessen zunimmt;
- Zahlreiche Anfragen an die Landesregierung zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, speziell Glyphosat und zum Einsatz von Neonikotinoiden (z.B. Drs. 18/6097 und 18/7068);
- Nachdem die Landesregierung einen Gesetzentwurf für ein Hessisches Waldgesetz vorgelegt hat, wollen wir die frühere Bannwaldregelung wieder aufnehmen und damit Bannwald besser schützen (Antrag und Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung; Drs. 18/6044 und 18/7365);
- Zahlreiche Anfragen zum Holzeinschlag (z.B. Drs. 18/5776 und 18/5703) und zum Zustand der hessischen Buchenwälder (z.B. Drs. 18/5470);
- Mit einem Antrag für die Einführung der Hygieneampel in Hessen fordern wir ein verpflichtendes Transparenzsystem in Hessen, solange auf Bundesebene weiter blockiert wird (Drs. 18/6555);
- Im Bereich Naturschutz gibt es zahlreiche Anfragen zu Biodiversität, Schutzgebieten und Artenvielfalt (z.B. zu Fischwanderhilfen im Rhein, Drs. 18/6017 und 18/6765 und zum Bearbeitungsstand der Roten Listen in Hessen, Drs. 18/6778) sowie einen Antrag zum Versagen der Landesregierung, sich für die Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie in Hessen einzusetzen (Drs. 18/7356);
- Ein Gesetzentwurf zum Verbandsklagerecht im Tierschutz (Drs. 18/4511), zahlreiche Anfragen betreffend Versuchstiere und Situation in Tierheimen und Auffangstationen (z. B. Drs. 18/5888 und 18/6815) sowie ein Antrag zum Versagen der Landesregierung, die Situation der hessischen Tierheime zu verbessern (Drs. 18/7355) sollen zeigen, dass Tierschutz in Hessen noch immer nicht gemäß dem Staatsziel im Grundgesetz behandelt wird.

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Umwelt- & Naturschutz:
<http://gruenlink.de/2g1>

Energie & Klima:
<http://gruenlink.de/2g2>

Landwirtschaft:
<http://gruenlink.de/2g3>

Tierschutz:
<http://gruenlink.de/2g4>

Verbraucherschutz:
<http://gruenlink.de/2g5>



BILDUNG

MATHIAS WAGNER



Parlamentarischer
Geschäftsführer,
Sprecher für Bildung

MARCUS BOCKLET



Sozialpolitischer Sprecher
- Arbeit, Armutsbekämp-
fung, Kinder und Familie,
Aus- und Weiterbildung

Bildung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen, das entscheidend die Chancen der nachfolgenden Generationen und die Entwicklung unseres Landes bestimmt. Bildung entscheidet über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft, daher muss sie allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein. Und Bildung ist ein Thema, das im Rahmen unserer föderalen Struktur entscheidend auf Landesebene zu gestalten ist. Für uns GRÜNE hat Bildung Priorität und ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Derzeit bleiben viele Potenziale unentwickelt und die Chancen für einen guten Schulabschluss sind stark von der sozialen Herkunft abhängig. Diese Chancenungleichheit ist ein bildungspolitischer Skandal.

Der Schlüssel dies zu ändern, ist ein Mehr an individueller Förderung von Anfang an. Dies wollen wir durch zahlreiche Maßnahmen erreichen:

Wir wollen mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung in allen Schulformen. Mit unserem Konzept für eine Neue Schule wollen wir längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe ermöglichen. Ganztagsangebote wollen wir ausweiten, einen Schwerpunkt werden wir dabei in den Grundschulen mit einer Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 bis 17.00 Uhr legen. Mit einer Kooperationsvereinbarung zwischen Land, Kommunen und Schulträgern sorgen wir dafür, dass Grundschulkindern ein Bildungs- und Betreuungsangebot aus einer Hand gemacht wird und sie somit zu Beginn ihrer Schulzeit mehr individuelle Förderung erhalten können. Alle Mütter und Väter, die dies aus pädagogischen Gründen wünschen oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen, erhalten damit endlich ein Angebot. Und natürlich sind auch Modelle mit kürzeren Bildungs- und Betreuungszeiten denkbar, je nach Wunsch der Eltern.

KONZEPTE FÜR HESSEN

*Unsere Konzepte im Volltext finden
Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>*

VERLÄSSLICHKEIT UND PERSPEKTIVEN FÜR HESSENS SCHULEN – FÜR EINEN SCHULFRIEDEN IN HESSEN

Seit Jahrzehnten tobt in Hessen ein teilweise erbittert geführter Schulkampf. Je nachdem, wer gerade die Mehrheit im Landtag hat, soll das Schulsystem ganz grundsätzlich in die eine oder andere Richtung umgekämpft werden. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer. Wir werden uns an diesem Schulkampf nicht beteiligen. Wir wollen Veränderungen, werden diese aber nicht von oben verordnen, sondern den Schulen vor Ort ermöglichen. Mit uns können sich Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler darauf verlassen, dass nach einem Regierungswechsel an den Schulen nicht wieder alles komplett umgekämpft wird.

GUTE BILDUNG UND BETREUUNG VON ANFANG AN – DIE GRÜNE BILDUNGS- UND BETREUUNGSGARANTIE FÜR GRUNDSCHULKINDER

Mit der GRÜNEN Bildungs- und Betreuungsgarantie wollen wir für Grundschulkinder eine Betreuung aus einem Guss von 7.30 bis 17.00 Uhr schaffen. Zum einen ermöglicht das mehr Zeit für individuelle Förderung zu Beginn der Schulzeit – denn auf den Anfang kommt es an. Zum anderen lösen wir das größte Betreuungsproblem, das Eltern in Hessen haben. Denn nach der Kita beim Wechsel auf die Grundschule bricht für Mütter und Väter ihr Betreuungsarrangement für ihre Kinder oftmals komplett zusammen. Derzeit gibt es einen Flickenteppich von Grundschulen mit Betreuungsangeboten, Grundschulen im Ganztagschulprogramm des Landes und Betreuungsangeboten der Kommunen. Der Ausbau stockt, weil das Land bei den Betreuungsangeboten auf die Kommunen verweist und die Kommunen vom Land den Ausbau von Ganztagschulen fordern. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel zu Lasten der Kinder sowie ihrer Mütter und Väter wollen wir beenden. Kern der GRÜNEN Bildungs- und Betreuungsgarantie ist eine Vereinbarung zwischen Land, Schulträger und Kommune über die Gewährleistung eines verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebots.

JEDEM JUNGEN MENSCHEN EINE BERUFAUSBILDUNG – EIN KONZEPT ZUR REFORM DES ÜBERGANGS SCHULE-BERUF

Wir haben zusammen mit Experten ein Konzept erarbeitet, durch das jeder junge Mensch in Hessen ein Angebot für eine Berufsausbildung erhalten soll. Der Vorschlag will die bewährte duale Berufsausbildung stärken und die Angebote für junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, spürbar verbessern. Um dies zu erreichen, soll die Beratung verbessert und die bisher zahlreichen Förderwege auf zwei Grundtypen konzentriert werden. Zur Finanzierung des Vorhabens sollen die auf verschiedene Fördertöpfe verteilten Gelder gebündelt und effektiver verwendet werden.



An den Gymnasien stehen wir für eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9, die den Eltern und Schülerinnen und Schülern auch tatsächlich wohnortnah die Wahl zwischen G8- und G9-Schulen ermöglicht. Wir wollen die berufliche Bildung stärken und das lebensbegleitende Lernen erleichtern. Der Bedeutung der frühkindlichen Bildung wollen wir durch die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und der Ausweitung einer flexiblen Schuleingangsstufe an den Grundschulen in besonderem Maße Rechnung tragen.

Bei allen bildungspolitischen Maßnahmen gelten für uns drei wichtige Leitlinien: Wir wollen einen Schulfrieden, wir setzen auf Ermöglichen statt Verordnen und auf Evolution statt Revolution. An einer neuen Runde im hessischen Schulkampf, die von CDU und SPD mit Blick auf die Landtagswahl eingeläutet wird, werden wir uns nicht beteiligen. Wir reichen aus der Opposition die Hand für einen Schulfrieden und werden dies auch bei einer möglichen Regierungsbeteiligung tun. Dabei ist der Respekt vor dem Elternwillen der Maßstab, an dem sich die Bildungspolitik orientieren muss. Wir GRÜNE wollen die Garanten des Elternwillens sein. Wir haben klare

Vorstellungen, wie wir unser Bildungssystem weiterentwickeln wollen. Wir haben aber nicht die Hybris, unsere Vorstellungen von oben herab vorzuschreiben, sondern wollen Veränderungen ermöglichen. Dabei halten wir eine schrittweise Schulentwicklung für notwendig. Es macht schlicht und einfach Sinn zunächst an einigen Schulen Erfahrungen zu sammeln und auftauchende Probleme zu lösen bevor auch andere Schulen die Veränderungen übernehmen. Veränderungen kommen am besten von unten und sollen vor Ort mitgetragen werden.

Um dies zu erreichen stehen wir für mehr Selbstständigkeit unserer Bildungseinrichtungen und für den Ausbau regionaler Unterstützungsstrukturen.

Durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten für die einzelne Schule wollen wir Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen erreichen. Alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Stärkung der Schulen vor Ort zu besseren Bildungsergebnissen führen kann. Mit unserem Konzeptpapier „Hessens Weg zu selbständigen Schulen“ machen wir einen umfassenden Vorschlag, wie sich das Bildungssys-

MÜRVET ÖZTÜRK



Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

REFORM DER LEHRERBILDUNG

Frühere Praxiserfahrungen der Lehramtstudierenden, eigene Fachbereiche für Lehrerbildung an den Universitäten und eine stärkere Ausrichtung der Lehrinhalte und -methoden auf die geänderte schulische Wirklichkeit stehen im Mittelpunkt unserer Vorschläge für eine Reform der Lehrerbildung in Hessen. Zentrales Element ist die Einführung eines verpflichtenden Praxissemester nach den ersten beiden Studiensemestern.

DIE NEUE SCHULE

Alle Abschlüsse an einer Schule, länger gemeinsam lernen, maximale Klassengrößen von 25 Schülerinnen und Schülern, bedarfsgerechtes Ganztagsangebot und individuelle Förderung statt Querversetzung und sitzenbleiben. Das sind die zentralen Elemente unseres Konzeptes für die Neue Schule.

KINDERGÄRTEN ZU BILDUNGSGÄRTEN

Wir fordern eine Qualitätsoffensive für Kindergärten und bessere Übergänge vom Kindergarten zur Grundschule. In unserem Konzept „Kindergärten zu Bildungsgärten – Übergänge verbessern! Den Bildungs- und Erziehungsplan umsetzen“ geht es darum, die Arbeit in den Kindergärten qualitativ noch weiter zu verbessern. Im Mittelpunkt der Qualitätsoffensive sollen die Kindergärten als eigene Bildungs- und Erziehungsinstitution mit eigenem pädagogischen und methodischen Auftrag stehen.

HESSENS WEG ZU SELBSTÄNDIGEN SCHULEN

Durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten für die einzelne Schule wollen wir eine Qualitätsverbesserung im Bildungswesen erreichen. In unserem Konzept „Hessens Weg zu selbständigen Schulen“ fordern wir, die Schulen von zentralistischen und bürokratischen Vorgaben der Kultusbürokratie zu befreien. Die Schulverwaltung muss neu ausgerichtet werden, um die einzelnen Schulen optimal in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wir wollen unter anderem den Schulen ein eigenes zusätzliches Budget zur Verfügung stellen und neben der einzelnen Schule auch die Rolle des kommunalen Schulträgers stärken.

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesem und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Bildung:
<http://gruenlink.de/2fw>

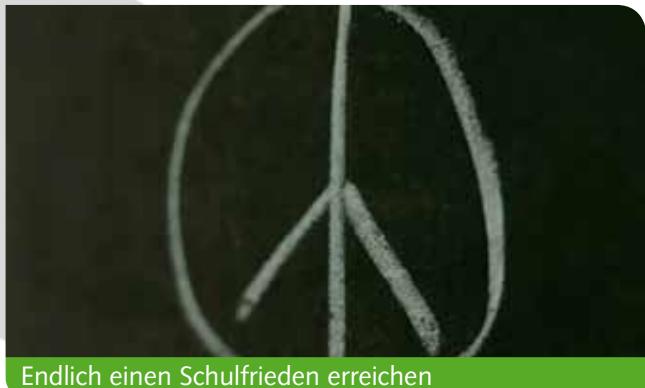
Wissenschaft:
<http://gruenlink.de/2fx>

Kinder, Jugend & Familie:
<http://gruenlink.de/2fy>



tem ändern muss, um Schulen optimal auf ihrem Weg zu mehr Selbständigkeit zu fördern. Selbständigkeit ist jedoch kein Selbstzweck, sondern muss zu besserer Qualität und individueller Förderung führen. Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliche Mittel wird es eben auch nicht gehen. Gerade die Selbständigkeit von Schule kann nur gelingen, wenn die Schulgemeinde tatsächlich über zusätzliche Mittel entscheiden kann. Die bloße Verwaltung des Bestehenden erreicht nicht aus.

Mit Frau Beer hat die vierte Kultusministerin in vier Jahren ihre Arbeit aufgenommen. An der Bildungspolitik von Schwarz-Gelb hat sich jedoch nichts geändert. Die 105%ige-Lehrerversorgung wurde durch Tricks herbeigerechnet, der Ausbau der Ganztagschulen verläuft im Schneckentempo und bei der Schulsozialarbeit lässt das Land die Kommunen weiterhin allein.



Endlich einen Schulfrieden erreichen

Der Wunsch vieler Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen und dem möglichst langen Offthalten aller Bildungsabschlüsse wird weiter ignoriert und die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans stockt. Während andere Länder ihr Schulsystem wirklich reformieren, gibt es in Hessen nur neue Türschilder, statt echter Veränderungen. Mit der Schulverwaltungsstrukturorganisationsreform wurde ein überflüssiges Landesschulamt gegründet, das für die Schulen keine Verbesserungen bringt, aber Chaos stiftet und seit

seiner Schaffung mit sich selbst beschäftigt ist. Auch wird die UN-Behindertenrechtskonvention nicht umgesetzt und ein verbindlicher Zeitplan zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung steht immer noch aus.

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Zwei Änderungsanträge zur Verbesserung der Schulgesetz-Novelle eingebracht, um die Neue-Schule einzuführen (Drs. 18/3711) sowie die Inklusion an Hessens Schulen mit einem realistischen und verbindlichen Stufenplan umzusetzen (Drs. 18/3710);
- Urs für eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 eingesetzt, damit die Schülerinnen und Schüler das Schulangebot vorfinden, dass sie sich wünschen (Drs. 18/6745);
- Durch Kleine Anfragen und Berichtsanträge die mangelhafte schwarz-gelbe Umsetzung der Inklusion belegt (Drs. 18/5934, 18/6500, 18/6825) und eine Stärkung der Inklusion im KiföG gefordert (Drs.18/7055);
- Initiativen zur Ermöglichung eines Zwei-Säulen-Schulmodells bestehend aus Neuer Schule und Gymnasium vorgelegt (Drs. 18/3711 und 18/3764);
- Vorschläge für eine sinnvolle Reform der Schulverwaltung vorgelegt, die auf Kommunalisierung statt Zentralisierung setzt und die Schulen damit besser unterstützt;
- Für das neu geschaffene Landesschulamt eine Denkpause beantragt (Drs. 18/6117) und den Aufbau kritisch hinterfragt (Drs.18/5989, 18/6873, 18/7223, 18/7333);
- Wahlfreiheit der kooperativen Gesamtschulen zwischen G8 und G9 durch einen Gesetzentwurf aus dem Jahr 2008 ermöglicht (Web: <http://gruenlink.de/283>) und für die Gymnasien eingefordert (Drs. 18/6745);
- Die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen dem Bund und den Ländern im Bildungssystem beantragt (Drs. 18/2866);
- Mit einer Großen Anfrage die teilweise zu hohen Schulgelder an Privatschulen, die Zunahme von auf Gewinn ausgelegten Privatschulen sowie die mangelnde Kontrolle seitens des Landes thematisiert (Drs. 18/3436);
- Wiederholt die Einführung des islamischen Religionsunterrichts gefordert (Drs.18/41, 18/3601, 18/4560, 18/5990, 18/6155);
- Mit diversen Haushaltsanträgen eine echte Alternative zur schwarz-gelben Bildungspolitik aufzeigt, die den Schulen u.a. eine 105-prozentige Lehrerversorgung, mehr Mittel für ganztägiges Arbeiten und individuelle Förderung bereitstellt (Drs. 18/6407, 18/6423).



EUROPA

Europa ist seit mehr als 60 Jahren Garant für Frieden und Wohlstand. Wir GRÜNE wollen eine starke Europäische Union, die sich als globale Akteurin für den Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt, die Vorreiterin beim Klimaschutz und bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen Maßstäbe setzt. Wir unterstützen die Entwicklung einer wirklichen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die der UN-Charta verpflichtet ist und von einer europäischen Außenministerin oder einem Außenminister vertreten wird, wie es im Lissaboner Vertrag vorgesehen ist. Die EU muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen. So dürfen entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik konterkariert werden.

Eines der erfolgreichsten friedenspolitischen Instrumente der Europäischen Union ist die Erweiterungspolitik. Sie hat den Weg vieler Staaten in stabile Demokratien maßgeblich unterstützt. Wir begrüßen, dass Kroatien zum 1. Juli 2013 das 28. Mitglied der Europäischen Union wurde und Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft in Kroatien den Beitrittsprozeß gemeinschaftlich positiv gestaltet haben. Wir GRÜNE unterstützen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Der Weg der Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung der Türkei. Eine besondere Verantwortung trägt die EU für den westlichen Balkan. Wir GRÜNE wollen eine Heranführung dieser Staaten an die EU, das heißt Visafreiheit und das heißt Wirt-

schafts- und Umweltpartnerschaften aufzubauen. Es liegt auch in unserem Interesse, dass sich unsere Nachbarn weiterentwickeln können.

Deutschland und Hessen profitieren immens von der Europäischen Union. Im Jahr 2011 gingen 60 Prozent deutscher Exporte in andere EU-Staaten. Der Euro hat viel zur wirtschaftlichen Stärke Deutschlands und Hessens beigetragen. Wir GRÜNE stehen zur gemeinsamen Währung. Die Krise in der Euro-Zone hat aber auch deutlich gemacht: Die EU braucht eine besser aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik. Nur effektive Instrumente mit Durchschlagskraft und ein Mehr an Integration können die Ursachen der Krise nachhaltig und sozialverträglich bekämpfen.

Wir haben uns daher intensiv in die Debatte um den Europäischen Stabilitätsmechanismus und den Fiskalpakt und deren Auswirkungen auf Hessen eingebracht. Es ist in zähen Verhandlungen gelungen, zusätzliche wachstumsfördernde Programme durchzusetzen. Denn neben der Haushaltkonsolidierung darf die wirtschaftliche Entwicklung nicht außer Acht gelassen werden. Es ist uns gelungen, die Einführung der Finanztransaktionssteuer festzuschreiben um so die Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen.

SIGRID ERFURTH



Stv. Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Finanzen, Europa und Schutz der Werra

URSULA HAMMANN



Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, Sprecherin für Naturschutz und Tierschutz

MARTINA FELDMAYER



Sprecherin für Landwirtschaft, Gentechnik, ländlichen Raum, Verbraucherschutz und Kultur

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Die Aufnahme einer Partnerregion in der Türkei positiv begleitet und im Ausschuss dafür gestritten, Aufnahmekriterien festzulegen. Dazu haben wir einen Antrag (Drs. 18/1641) eingebracht, der nach einigen Verhandlungsrunden in einen gemeinsamen Antrag (Drs. 18/2197) von CDU, FDP, SPD und GRÜNEN mündete;
- Den Prozeß um die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative mitgestaltet und der Landesregierung den Auftag erteilt, die Bürgerinnen und Bürger in Hessen bei der Umsetzung dieses neuen Instruments zu unterstützen. Auch hier wurde unser Antrag (Drs. 18/3530) nach Verhandlungen zu einem gemeinsamen Antrag (Drs. 18/3721);
- Mit mehreren Anträgen die Debatte um den Fiskalpakt begleitet (Drs. 18/5693 und Drs. 18/ 5879).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Europa:
<http://gruenlink.de/2ik>

Frieden & Internationales:
<http://gruenlink.de/2il>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>

SOZIALES

**KORDULA
SCHULZ-ASCHE**



Stv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Demografischen
Wandel, Gesundheit und
Behindertenpolitik

MARCUS BOCKLET



Sozialpolitischer Sprecher
- Arbeit, Armutsbekämpfung,
Kinder und Familie,
Aus- und Weiterbildung

KONZEPTE FÜR HESSEN

*Unsere Konzepte im Volltext finden
Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>*

SOZIALE GERECHTIGKEIT - FREIHEIT UND TEILHABE FÜR ALLE HESSINNEN UND HESSEN

Wir wollen eine Sozialpolitik, die allen Menschen die Freiheit zur Selbstbestimmung ermöglicht und unabhängig von Alter und Geschlecht zur Teilhabe befähigt. Dazu müssen soziale Barrieren abgebaut und öffentliche Institutionen gestärkt werden. Was wir GRÜNE nicht wollen, ist eine obrigkeitstaatliche Sozialpolitik, die den Menschen Lebenspfade und Verhaltensweisen vorschreibt. Unser Konzept sieht eine ermöglichte Sozialpolitik für jede und jeden Einzelnen entsprechend ihrer und seiner Bedürfnisse vor. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft mit allgemeinem Zugang zu den notwendigen Gütern, zu Bildung, Gesundheit, einer lebenswerten Umwelt sowie zum Arbeitsmarkt. Insbesondere geht es auch darum, den Schwächsten zur Seite zu stehen und Armut und sozialen Abstieg zu vermeiden.

BARRIEREFREIHEIT ALS UNIVERSELLES GESTALTUNGSDESIGN

Wir wollen, dass Barrierefreiheit bei jeder Gestaltung des öffentlichen Raumes ein tragendes Leitprinzip wird. Wir halten dies für notwendig, weil Barrieren ganze Personengruppen vom öffentlichen Leben ausschließen. In einer älter werdenden Gesellschaft ist Barrierefreiheit auch Voraussetzung dafür, dass ältere, gehbehinderte Menschen länger in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Barrierefreie Wohnungen und Quartiere führen Menschen zusammen, Barrieren dagegen trennen. Barrierefreiheit erleichtert das Leben für alle Menschen, nicht nur für diejenigen, die zwingend darauf angewiesen sind.

GESUNDHEIT IM LÄNDLICHEN RAUM

In den ländlichen Regionen Hessens wachsen aufgrund des demografischen Wandels und des Wandels des Arztberufs die Probleme, die medizinische Versorgung auf einem hohen Qualitätsniveau zu halten. Unser Konzept zeigt realistische, finanzierte und nachhaltige Antworten auf, die weitgehend auf kommunaler Ebene und in Landesverantwortung umgesetzt werden können, um eine dezentrale integrierte Versorgung guter Qualität, orientiert an den Bedarfen der Menschen, zu erreichen. Dazu wollen wir u.a. bessere Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene schaffen, vorhandene Kompetenzen aufwerten und zusammenführen sowie Prävention und Gesundheitsförderung als feste Grundsäule der gesundheitlichen Versorgung etablieren.

FAMILIEN IN DEN MITTELPUNKT: HANDELN STATT REDEN

Familie in allen Formen sollen endlich anerkannt und diskriminierungsfrei unterstützt werden. Dies wirkt in alle Bereiche der Familienpolitik von der Kinderbetreuung über die Bekämpfung von Kinderarmut bis hin zu Fragen der Pflege Angehöriger und Bekämpfung von Gewalt in der Familie. Wir wollen die Familienkarte weiterentwickeln und durch ein besser vernetztes Beratungsangebot alle Familien von Beginn an unterstützen.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT!

Trotz Angleichung der Lebensläufe, trotz Freiheitsrechten und Wahlmöglichkeiten für einen individuellen Lebensentwurf – die ungleiche Behandlung von Frauen und Männern ist nach wie vor Realität. Hessen braucht endlich eine aktive, auf Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtete Politik. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, mehr Geschlechtergerechtigkeit in Kindergarten und Schulen, ein größeres Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen sowie das Recht von Frauen auf Beruf und das Recht von Männern auf Familie. Frauen und Mädchen wollen wir besser vor Gewalt schützen.

HESSEN IN ARBEIT UND AUSBILDUNG

Der Passivität von Schwarz-Gelb setzen wir eine Politik entgegen, die aktiv allen Menschen die Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen und zum Ausgleich zwischen Arbeitskräftepotenzial und -nachfrage beitragen will. Wir wollen einen sozialen Arbeitsmarkt einführen, der für Menschen, die bisher von Erwerbsarbeit weitgehend ausgeschlossen sind, neue Perspektiven schafft. In einem ersten Schritt wollen wir dafür an öffentlichen Institutionen wie Schulen, Behörden oder Vereinen sozialversicherungspflichtige Jobs schaffen.



Der Staat kann nicht alles regeln, doch er muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Menschen auf soziale Sicherung verlassen und an der Gesellschaft teilhaben können. Dazu müssen soziale Barrieren abgebaut und öffentliche Institutionen gestärkt werden. Sozialpolitik heißt aber nicht nur, Menschen zu stärken, in Notlagen zu helfen und Teilhabe zu fördern, sondern muss auch auf Nachhaltigkeit achten. Der Sozialstaat darf sich nicht durch wachsende Staatsverschuldung finanzieren, sonst bricht er am Ende zusammen.

In Hessen ist das soziale Netz, nach fast 15 Jahren CDU-Sozialpolitik sehr löchrig geworden. Der Beliebigkeit in der Sozialpolitik und beim Abbau sozialer Leistungen und Standards setzen wir eine ermöglichte Sozialpolitik entgegen. Durch den verantwortungsvollen Umgang mit Landesmitteln wollen wir die soziale Infrastruktur Hessens zukunftsweisend gestalten. Dazu werden wir mit dem Sozialbudget ein Instrument in den Landshaushalt einführen, das alle Politikbereiche des Sozialministeriums umfasst und die Verlässlichkeit der Förderung der freiwilligen sozialen Leistungen sicherstellt.

Wir brauchen endlich wieder eine verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik, die die Initiative zur Vermeidung des Fachkräftemangels ergreift

und für eine bessere Ausrichtung der Landesprogramme auf die Bedürfnisse arbeitsuchender Menschen sorgt. Wir werden ein Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“ auflegen, um für Menschen, die bisher von Erwerbsarbeit weitgehend ausgeschlossen sind, neue Perspektiven in Erwerbstätigkeit zu schaffen.

Wir wollen eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik. Zu einer solchen Gesundheitspolitik, die sich dem demografischen Wandel stellt, gehören Krankenhäuser in Kooperation mit dem ambulanten Bereich – und zwar in Stadt und Land. Trotz UN- Behindertenrechtskonvention sind immer noch zu viele Menschen mit Behinderungen von gleichen Teilhabechancen in Bildung und Beruf ausgeschlossen. Wir wollen ein inklusives Hessen in allen Lebensbereichen und werden deshalb den Hessischen Landaktionsplan mit diesem Ziel weiterentwickeln.

Und nach fast 15 Jahren konservativer Regierungen wollen wir zudem einen neuen Aufbruch für eine aktive, auf Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtete Politik. Denn ein demokratisches Gemeinwesen benötigt Geschlechtergerechtigkeit.

MONNE LENTZ



Sprecherin für Jugend, Drogen, Frauen und Gleichstellung

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Mit verschiedenen Initiativen eine offensive Arbeitsmarktpolitik des Landes eingefordert. Vor allem haben wir uns für die Entwicklung und Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes für Hessen eingesetzt, damit „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ finanziert wird und besonders schwer vermittelbare Arbeitslose die Chance auf Teilhabe an Erwerbstätigkeit erhalten. (Drs. 18/1795, 18/1871, 18/4132);
- Einen interfraktionellen Antrag gegen sexuellen Missbrauch (Drs. 18/2139) forciert und uns auch für die „Anhörung und ressortübergreifende Koordinierung zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen“ eingesetzt (Drs. 18/3630);
- Bereits im Jahr 2009 ein „Kinderlärmgesetz“ vorgelegt mit dem Ziel, „Kinderlärm“ zu privilegieren und künftig gerichtliche Auseinandersetzungen zu verhindern (Drs. 18/1145 und 18/2396);
- Einen Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eingebracht, der in einen gemeinsamen Antrag mit CDU und FDP einmündete (Drs. 18/1673) und Wege für ein inklusives Hessen aufgezeigt (Drs. 18/1188, 18/4268, 18/5694, 18/6025);
- Eine Anhörung zum Thema „ehemalige Heimkinder“ initiiert, die in einen gemeinsam verabschiedeten Antrag mündete, in dem der Landtag sich u.a. bei den betroffenen ehemaligen Heimkindern für das erlittene Unrecht entschuldigte (Drs. 18/2127). Zur Umsetzung der Ergebnisse des „Runden Tisches“ des Bundes zur Situation ehemaliger Heimkinder wurde von uns ein Antrag eingebracht (Drs. 18/3599), der in einen einstimmigen Beschluss des SPA mündete (Drs. 18/4112);
- Verschiedene Initiativen für eine gute patientenorientierte Gesundheitsversorgung und bedarfsgerechte Pflege vorgelegt (Drs. 18/308, 18/1985, 18/2910, 18/3771 und 18/3776, 18/809, 18/5449, 18/6116, 18/3647, 18/7394);
- Einen Gesetzentwurf für den Schutz vor Gefahren des Passivrauchens eingebracht (Drs. 18/1401);
- Mit verschiedenen Initiativen uns für eine Verbesserung der Politik für Kinder und Familien eingesetzt und Verbesserungen bei der Kinderbetreuung eingefordert (Drs. 18/2284, 18/2908, 18/3128, 18/3567, 18/4430, 18/4480, 18/5322, 18/5399, 18/7055, 18/6743, 18/7396);
- Frauenpolitische Initiativen gestartet und den notwendigen Schutz von Frauen vor Gewalt durch verschiedene Anfragen thematisiert (Drs. 18/190, 18/834, 18/2278, 18/5947, 18/7154, 18/5948, 18/6945).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Soziales:

<http://gruenlink.de/2g6>

Arbeitsmarkt:

<http://gruenlink.de/2g7>

Behindertenpolitik:

<http://gruenlink.de/2g8>

Frauen:

<http://gruenlink.de/2g9>

Gesundheit:

<http://gruenlink.de/2g8>

Kinder, Jugend & Familie:

<http://gruenlink.de/2fy>



HAUSHALT & FINANZEN

FRANK KAUFMANN



Sprecher für Haushalt, Flughafen Ffm, Landesentwicklung und Regionalplanung

ELLEN ENSLIN



Sprecherin für Kommunales und Datenschutz

DIE GRÜNEN fühlen sich dem Ziel der Nachhaltigkeit auch in der Haushaltspolitik verpflichtet. Zukünftige Generationen verlangen zu Recht, dass wir sie nicht mit Schulden überlasten. Die Landesregierung von CDU und FDP missachtet dieses Prinzip seit Jahren, sie hat entgegen ihrer Behauptungen die Verschuldung des Landes massiv ausgeweitet. Inzwischen trägt Schwarz-Gelb die Verantwortung für eine Verdoppelung der Schuldenlast Hessens auf über 42 Milliarden Euro. Damit auch unser Bundesland die Schuldenbremse einhalten kann und ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen muss, ist eine sofortige Trendwende nötig. Dazu ist die amtierende Landesregierung erkennbar nicht mehr in der Lage. Von allen Flächenländern weist Hessen für 2013 die dritthöchste Neuverschuldung aus – nur das Saarland und Rheinland-Pfalz liegen noch schlechter.

Die miserable Finanzpolitik von Schwarz-Gelb, vor Jahren bereits charakterisiert als „sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös“ (Adolf Kühn, FAZ vom 03.11.2001), ist auch durch den Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums letztes Jahr nicht besser geworden.

Finanzpolitik muss sich nach unserer Überzeugung aber vor allem auch durch Nachhaltigkeit

auszeichnen; das heißt, dass es keinen Raubbau an den finanziellen Ressourcen in Form überbordender Verschuldung geben darf. Wir GRÜNE betonen deshalb, dass für einen Haushaltssausgleich neben Einsparungen und Effizienzsteigerungen auch Einnahmeerhöhungen nötig sind, und zwar für alle staatlichen Ebenen, also Bund, Länder und Kommunen. Gegen die bei der Regierung vorhandene Füllhornmentalität haben wir GRÜNE in allen Haushaltsberatungen stets Alternativkonzepte gesetzt und dazu auch detaillierte Haushaltsanträge vorgelegt, die ökologisch und sozial akzentuiert und darüber hinaus mit deutlich geringerer Verschuldung verbunden waren.

Die im Sommer 2009 in das Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse, d.h. das Verbot ab 2020 im Landeshaushalt noch neue Kredite aufzunehmen, haben wir zum Anlass genommen, Hessens Weg aus der Schuldenfalle zu diskutieren und in einem ersten Konzept aufzuzeigen. Im Rahmen der Beratungen zu den Haushalten 2011 und 2012 zum Doppelhaushalt 2013/2014 erarbeiteten wir dann mit konkreten Zahlen hinterlegtes Vorschläge, wie in den Bereichen Bildung, Umwelt und Soziales wichtige Reformen finanziert werden können und zugleich bis zum Jahr 2020 keine Neuverschuldung mehr benötigt

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

HESSENS WEG AUS DER SCHULDENFALLE

Als erste der im Landtag vertretenen Fraktionen haben wir bereits Anfang 2010 Vorschläge zur Umsetzung der im Grundgesetz ab dem Jahr 2020 verankerten Schuldenbremse gemacht. Angesichts eines Schuldenbergs von über 42 Milliarden Euro und einer für 2013 geplanten Neuverschuldung von rund 1,3 Milliarden Euro steht Hessen vor einer gewaltigen Aufgabe. Wir bekennen uns zu dem Ziel, spätestens ab dem Jahr 2020 im Landeshaushalt ohne neue Schulden auszukommen. Um das zu schaffen, müssen wir uns aber jetzt auf den Weg machen. Die Debatte um die Schuldenbremse ist nicht allein eine Frage von Haushaltssätzen. Es muss vielmehr eine Wertedebatte sein, in der das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuum im Mittelpunkt steht.

HESSEN TRITT AUF DIE SCHULDENBREMSE

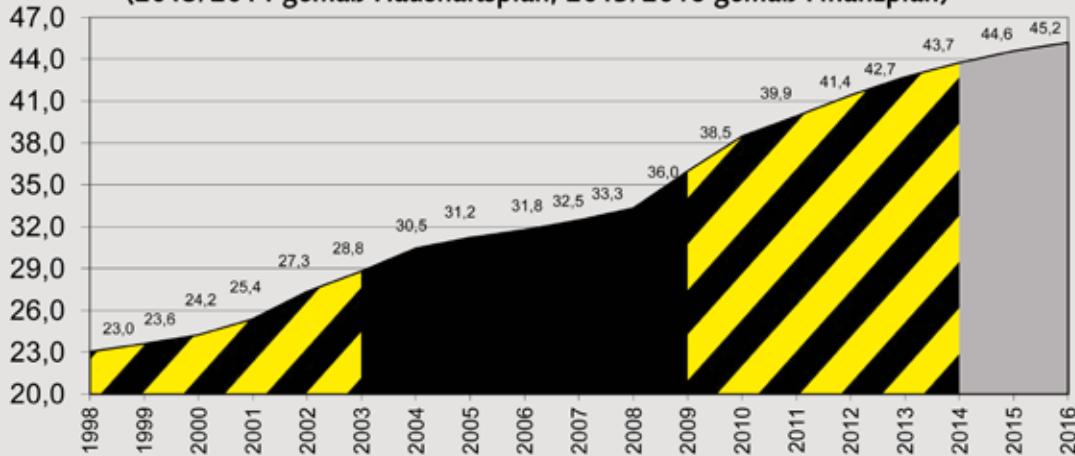
Bis zum Jahr 2020 wollen wir das strukturelle Defizit von 1,9 Milliarden Euro schrittweise abbauen, einen Haushalt ohne neue Schulden ermöglichen und somit die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einhalten. Gleichzeitig zeigen wir auf, in welchen Bereichen das Land zur Sicherung seiner Zukunftschancen mehr als bislang investieren muss. Unsere Vorschläge setzen auf eine Kombination von Einsparungen, Effizienzsteigerungen und Einnahmeerhöhungen. Wir müssen mit dem Auftürmen immer neuer Schulden endlich Schluss machen. Die Schuldenbremse darf aber nicht zu einem schwachen, handlungsunfähigen Staat führen. Für die Generationengerechtigkeit ist beispielsweise nichts gewonnen, wenn notwendige Investitionen in Bildung unterbleiben, um die Schuldenbremse einzuhalten. Umgekehrt stimmt etwas in einem Staat nicht, wenn die heutigen Bildungsinvestitionen nur mit Schulden zu Lasten künftiger Generationen finanziert werden können. Mit unserem Konzept stellen wir uns der Herausforderung, beides in Einklang zu bringen.

HESSENS KOMMUNEN FAIR FINANZIEREN

Mehr dazu im Themenbereich Innen auf Seite 21.



Schuldenstand in Milliarden Euro (2013/2014 gemäß Haushaltsplan, 2015/2016 gemäß Finanzplan)



wird. Das Konzept: „Hessen tritt auf die Schuldenbremse“ gibt einen Überblick über das Zahlenwerk und liegt inzwischen in einer zweiten, aktualisierten Auflage vor. Damit unterscheiden wir uns deutlich von der regierungsmäßlichen mittelfristigen Finanzplanung.

In die Diskussion um die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Hessen konnten wir uns engagiert einbringen, nachdem die Regierungsmehrheit zunächst gegen die Opposition agieren wollte. Es ist uns gelungen wichtige Formulierungen durchzusetzen. Dazu gehört ein klarer Schutz der kommunalen Haushalte vor möglichen Auswirkungen der Schuldenbremse ebenso wie die Betonung auch der Einnahmeverantwortung sowohl des Landtags als Haushaltsgesetzgeber als auch der Landesregierung als Agierende im Bundesrat, wo die

Steuergesetze letztlich entschieden werden. Schließlich konnten wir sicherstellen, dass bereits durch den Verfassungstext die Konsolidierung des Haushalts ab sofort vorgeschrieben und nicht auf die lange Bank geschoben wird. So konnten wir der Verfassungsänderung im Landtag zustimmen und haben demgemäß auch bei der Volksabstimmung für ein JA geworben. Mit einer Zustimmung von 70 Prozent ist auch unser Engagement am Ende belohnt worden. Darüber hinaus haben wir maßgeblich an einem Begleitbeschluss mitformuliert, durch den die Vorgaben für ein Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse festgelegt wurden. Leider haben die Regierungsfaktionen dazu erst ganz am Schluss der Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorgelegt, der an wichtigen Punkten von dem gemeinsamen Beschluss abweicht, desungeachtet in großer Hektik durchgezogen werden soll. Dabei wäre

SIGRID ERFURTH



Stv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Finanzen,
Europa und Schutz der
Werra

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Jährlich konkrete Alternativen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung erarbeitet und veröffentlicht (Web: <http://gruenlink.de/2qd>);
- Konstruktiv an der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Hessen mitgearbeitet und wichtige Formulierungen zur Einnahmesituation des Staates und der Finanzausstattung der Kommunen durchgesetzt (Drs. 18/3492, 18/3493 - Web: <http://gruenlink.de/2gy>);
- In verschiedenen Initiativen die Reform des Länderfinanzausgleichs (LFA) gefordert (Drs. 18/1392, 18/2095, 18/3496, 18/3602, 18/4356, 18/6923 und 18/7053) und gemeinsam mit vier anderen GRÜNEN Landtagsfraktionen ein Gutachten zum Länderfinanzausgleich (LFA) in Auftrag gegeben und vorgelegt, das einen fairen, nachhaltigen und anreizorientierten LFA vorschlägt (Web: <http://gruenlink.de/2ew>);
- Initiativen vorgelegt, mit dem Ziel den Steuerbetrug zu bekämpfen und Daten über Steuerstrftäter für mehr Steuergerechtigkeit zu nutzen (Drs. 18/1877, 18/1934, 18/5762 und 18/7282);
- Initiativen für eine umfassende Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs eingebracht (Drs. 18/1397, 18/3129, 18/3804);

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Haushalt & Finanzen:
<http://gruenlink.de/2gb>

Landesplanung:
<http://gruenlink.de/2fv>

Wirtschaft:
<http://gruenlink.de/2ft>



eine intensive Fachdiskussion notwendig, wenn sichergestellt werden soll, dass die Schuldenbremse nicht wieder ausgehebelt wird.

Die finanzpolitischen Debatten drehen sich häufig um den Länderfinanzausgleich (LFA), weil Hessen als eines von wenigen Zahlerländern stark belastet ist. Immer wieder wurde dazu von CDU und FDP die Neiddebatte geschürt, um vom hausgemachten Finanzdesaster abzulenken. Als Wahlkampfinszenierung folgte jetzt auch noch die Klage der schwarz-gelben Landesregierung gegen den LFA. Tatsächlich bestraft das seinerzeit von Ministerpräsident Koch (CDU) und Finanzminister Weimar (CDU) ausgehandelte System eigene Anstrengungen der Länder um höhere Einnahmen dadurch, dass sie am Ende unter bestimmten Umständen sogar weniger Mittel zu Verfügung haben, als wenn sie nichts täten. Der Länderfinanzausgleich setzt Fehlanreize sowohl für die Geber- als auch für die Nehmerländer und bedarf deshalb dringend einer Reform. Dazu kann auch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nützlich sein. Allerdings haben die schwarz-gelben Landesregierungen in Bayern und Hessen die letzten Jahre mit Polemik vertan, statt ein eigenes Reformmodell zu entwickeln. Selbst wenn das Bundesverfassungsgericht schließlich ein Urteil in ihrem Sinne fällen würde, müsste danach doch mit Geber- und Nehmerländern ein neues System vereinbart werden. Während Schwarz-Gelb dazu keinerlei strategische Perspektive vorweisen kann, haben wir gemeinsam mit anderen Land-

tagsfraktionen die Problematik wissenschaftlich aufarbeiten lassen und einen Vorschlag präsentiert, der vor allem größere Transparenz schaffen soll (<http://gruenlink.de/2ew>).

Nicht nur die Finanzlage des Landes ist desaströs, auch die Haushaltswirtschaft vieler hessischer Kommunen ist durch hohe Schuldenstände und stark eingeengte finanzielle Spielräume geprägt. Der „Kommunale Schutzschild“ der Landesregierung kann als Notmaßnahme nichts gegen die chronische Unterfinanzierung der Kommunen ausrichten. Dazu bedarf es endlich einer grundlegenden Reform der Kommunalfinanzen. Mit unserem Vorschlag (Konzept: „Hessens Kommunen fair finanzieren“) wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu einem leistungsfähigen Finanzverbund ausbauen, der möglichst gerecht, einfach und verständlich ist, die kommunale Selbstverwaltung erhält und ihr neue Spielräume eröffnet. Leider hat die Landesregierung stattdessen nach langem Entscheidungsprozess lediglich einen kleinen Reparaturvorschlag für den ländlichen Raum hervorgebracht. Maximaler Arbeitsaufwand unter anderem in einer Mediatorengruppe, einem Facharbeitskreis sowie mehrere wissenschaftliche Gutachten führten damit zu minimalen Ergebnissen. Eine umfassende Erneuerung des KFA, die zu einer gleichmäßigen Entwicklung der kommunalen und der Landesfinanzen, und damit zu einem gerechten Ausgleich führt, bleibt deshalb eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode.



PETITIONEN

Der Petitionsausschuss ist die Brücke zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Landtag. Das Petitionsrecht ist in der Hessischen Landesverfassung verbürgt und findet sich auch in Artikel 17 des Grundgesetzes. Dort heißt es „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden“.

Eine Petition gibt jedermann – unabhängig von Staatsangehörigkeit und Alter, als Einzelperson oder in der Gemeinschaft – die Möglichkeit sich direkt an die Volksvertreterinnen und -vertreter zu wenden. Die Petition kann alle Angelegenheiten des öffentlichen Rechts behandeln und eröffnet somit die Möglichkeit Verwaltungsentcheidungen aller Art von den Landesvertreterinnen und -vertretern objektiv überprüfen zu lassen. Dies eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern gleichzeitig die Möglichkeit Themen anzustoßen und Anregungen in die Landtagsarbeit einfließen zu lassen.

Die Eingaben der Bürgerinnen und Bürger spiegeln deren Lebenssituation wider. Die Vielfalt der Themen, mit denen sich der Petitionsausschuss

beschäftigt ist fast unbegrenzt: Landwirtschaft und Umweltschutz, Soziales, Schul- und Bildungssystem, Verkehr, Baurecht, Aufenthalt für ausländische Staatsbürger und vieles mehr. Für die Bürgerinnen und Bürger wird so Demokratie erfahrbar.

Der Hessische Landtag hat in der 18. Wahlperiode mehr als 4.700 Eingaben erhalten. Seit Beginn der Zählung im Jahr 2011 haben sich 287.533 Personen mit ihrer Unterschrift als Unterstützer an einzelnen Eingaben beteiligt. Dies stärkt uns in der Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten zur Mitgestaltung nutzen. DIE GRÜNEN setzen sich für starke Beteiligungsrechte und für ein bürgerliches Petitionsrecht ein. Gemeinsam mit den Fraktionen des Hessischen Landtags (Drucks. 7359/18) haben DIE GRÜNEN an der Einrichtung des Online-Petitionsverfahrens in Hessen mitgewirkt.

Der Petitionsausschuss steht nicht immer im Mittelpunkt der Wahrnehmung – aber er steht immer Mitten im Leben und an der Seite der Menschen.

MÜRVET ÖZTÜRK



Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

KARIN MÜLLER



Sprecherin für Verkehrspolitik

DANIEL MACK



Sprecher für Netzpolitik und Sport

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Integration & Migration:
<http://gruenlink.de/2h8>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>

WIRTSCHAFT & VERKEHR

KAI KLOSE



Sprecher für Wirtschafts-, Wohnung-, Lesben- und Schwulenpolitik

KARIN MÜLLER



Sprecherin für Verkehrs-
politik

Die Wirtschaftspolitik der Regierungsmehrheit ist gekennzeichnet von fehlendem Gestaltungswillen, stattdessen beherrschen die Sorge um das berufliche Fortkommen von Parteifreunden sowie der Kampf gegen vermeintliche Wirtschaftshindernisse in Umwelt und Natur die Entscheidungen. Ein Leitbild hessischer Wirtschaftspolitik ist nicht zu erkennen. Allerdings fällt auf, dass die Landesregierung trotz etlicher Vorwürfe in den Bereichen Vetternwirtschaft und Korruption nicht genügend Engagement zeigt, aufzuklären und Korruption präventiv zu verhindern.

Ein wichtiger Schwerpunkt GRÜNER Aktivitäten lag und liegt im Bereich der öffentlichen Auftragsvergaben, da sich hier zeigt, wie ernst es Politik mit ihren Bekenntnissen zur Marktwirtschaft wirklich meint. Nach intensiven Recherchen unsererseits und hartnäckigen Nachfragen musste die Landesregierung schließlich nach anfänglichem Leugnen einräumen, dass sie Aufträge im Bereich der Informationstechnologie und insbesondere dem Digitalfunk rechtswidrig vergeben hat.

Auch diese Erfahrungen haben unseren Entwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz geprägt, das für einen fairen und transparenten Wettbewerb in Hessen gesorgt hätte: Unser Gesetz hätte gewährleistet, dass Unternehmen, die für

Landesbehörden oder Kommunen arbeiten, einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zahlen müssen. Es hätte gesetzeskonforme Arbeitsbedingungen durchgesetzt sowie nachhaltige Beschaffungsentscheidungen und maximale Transparenz ermöglicht. Stattdessen haben CDU und FDP ein Placebo-Gesetz verabschiedet, das keines der vielen vergaberechtlichen Probleme unseres Bundeslandes löst.

Ein weiterer Schwerpunkt GRÜNER Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftspolitik ist dem Ausbau schneller Internetverbindungen gewidmet, die inzwischen zum unverzichtbaren Teil der Infrastruktur geworden sind. Jahrelang hatte sich die Landesregierung darauf beschränkt, lokale Informationsveranstaltungen durchzuführen und auf den Markt verwiesen. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land hat sich deshalb sogar noch verschärft. Da für private Investoren nur die Versorgung der Städte betriebswirtschaftlich lukrativ ist, müssen beispielsweise Kommunen und kommunale Unternehmen intensiv dabei unterstützt werden, eine wettbewerbsfähige Netzausbau auch in den ländlichen Regionen zu schaffen. Hindernisse, die dem kommunalen Engagement im Wege stehen, sind zu beseitigen. Die flächendeckende Anpassung und Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur ist aus unserer Sicht zur Daueraufgabe geworden.

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

ZUKUNFT DER MOBILITÄT

Unser GRÜNES Verkehrskonzept zeigt wie durch Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung des Verkehrs 30 Prozent der CO2-Emissionen im Vergleich zu 1990 eingespart werden können. Dabei wird die Mobilität der Menschen sogar noch verbessert, Siedlungsstrukturen werden lebenswerter und die Gesundheitsbedingungen durch weniger Luftschadstoffe und mehr Bewegung der Menschen zu Fuß und per Rad gesteigert.

ÄPPLER, APPS UND GRÜNER AUFBRUCH - GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wir stellen uns den wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft und zeigen Alternativen zur Wirtschaftspolitik mit dem Betonmischer auf, die von der amtierenden Landesregierung praktiziert wird. Schon durch seinen Titel 'Äppler, Apps und GRÜNER Aufbruch' wird klar: Wir wollen Tradition und Moderne genauso vereinen wie ökonomischen Erfolg mit ökologischer Vernunft.

ZU NAH UM SCHÖN ZU SEIN? TOURISMUSPOLITIK FÜR HESSENS REGIONEN

Das Potenzial Hessens im Bereich Tourismus ließe sich besser ausschöpfen, als das bisher der Fall ist. Hessen stellt sich noch nicht ausreichend dem seit Jahren wachsenden Trend zum Themen- und sanften Tourismus. Die Rahmenbedingungen, die das Land setzt, müssen deshalb verbessert werden. Wir GRÜNE begreifen die Tourismusförderung immer auch als Stärkung der Regionen: Ist eine Region touristisch attraktiv, ist sie es auch für die dort lebende Bevölkerung.



Ein weiteres zentrales Thema der Wirtschaftspolitik ist die Neuordnung der Wirtschaftsförderung. Die Zusammenfassung der monetären Wirtschaftsförderung bei der neugegründeten Förderbank des Landes, der WI-Bank, hat sich bewährt. Jedoch müssen Standortmarketing und Wirtschaftsförderung des Landes hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz evaluiert werden. Dazu gehört, die Aufgaben der HessenAgentur kritisch zu überprüfen und – wo erforderlich – neu zu strukturieren. So ergibt sich beispielsweise aus dem von uns vorgelegten Tourismuskonzept, die Tourismusförderung aus ihrem Schattensein in der HessenAgentur zu lösen und künftig gemeinsam mit den verschiedenen touristischen Akteuren zu betreiben.

In der Wohnungspolitik sollte das von uns eingebrachte Wohnraumförderungsgesetz dem zunehmenden Wohnungsmangel in den Ballungsräumen und auch den Universitätsstädten

entgegenwirken und die zur Verfügung stehenden Mittel für die Wohnraumförderung auf den sozialen Wohnungsbau konzentrieren. Wider sinnigerweise verabschiedeten CDU und FDP einen Alternativentwurf, der der Eigenheimförderung den Vorrang einräumt – und das in Zeiten niedrigster Zinsen und eines reichlichen Angebots von Eigenheimen im ländlichen Raum. Erfolgreich waren wir in einer anderen wichtigen wohnungspolitischen Auseinandersetzung: Gemeinsam mit vielen anderen konnten wir den vom Land geplanten Verkauf der Nassauischen Heimstätte verhindern.

Die Betrachtung der Aktivitäten der Regierung in der Verkehrspolitik befriedigt umso weniger, als bei ihr der überkommene und ideologisch völlig verfestigte Irrglaube ungebrochen vorherrscht, dass immer mehr Betonbänder in der Landschaft das entscheidende Element einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung seien. Somit sind insbesondere die nordhessischen Autobahnprojekte

FRANK KAUFMANN



Sprecher für Haushalt, Flughafen Ffm, Landesentwicklung und Regionalplanung

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Unregelmäßigkeiten bei den Auftragsvergaben der Landesregierung mittels mehrerer Berichtsanträge aufgedeckt (Drs. 18/2817, 18/2921 und 18/3166) und Verbesserungen der Kontrollmöglichkeiten und für mehr Transparenz in einem Antrag vorgeschlagen (Drs. 18/3643);
- Sich für einen zügigen Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzes eingesetzt (Drs.: 18/725, 18/4562 und 18/6929);
- Einen Gesetzentwurf für ein hessisches Wohnraumförderungsgesetz eingebracht, das dem Wohnungsmangel entgegenwirken und den sozialen Wohnungsbau auf eine neue Grundlage stellen sollte (Drs. 18/5878);
- Einen Gesetzentwurf zur Gemeindeverkehrsfinanzierung eingebracht, um den Kommunen die finanzielle Ausstattung für Verkehrsinvestitionen durch den Bund zu sichern (Drs. 18/4194);
- Den Kampf gegen die Fluglärmbelastung der Bevölkerung durch den Flughafen Frankfurt mit zahlreichen Initiativen geführt. Und für die Einführung des versprochenen Nachtflugverbots gekämpft (Drs.: 18/994, 18/1685, 18/1739 mehr im Web: <http://gruenlink.de/2fr>);
- Sich für Lärmschutz bei der Planung der Flugsicherung eingesetzt (Drs. 18/4024);
- Sich gegen den Bau des unsinnigen Flughafens Kassel-Calden gewandt (Drs.: 18/2181);
- Einen Antrag zum Maklerwesen eingebracht, der dafür sorgen sollte, das künftig in der Regel der Vermieter die Maklerkosten trägt (Drs. 18/6312);
- Den Erhalt der Landesbeteiligung an der Nassauischen Heimstätte gefordert (Drs. 18/5229);
- Eine Anhörung zum Thema Lobbyismus initiiert (Drs. 18/5450);
- Einen Antrag zur strategischen Bedeutung der hessischen Chemie- und Pharmaindustrie für die Bewältigung zentraler Herausforderungen wie den Klimawandel, die Verknappung natürlicher Ressourcen und die Energiewende eingebracht (Drs. 18/7281);
- Einen Gesetzentwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz vorgelegt, das auch in Hessen endlich für eine faire und transparente Vergabe öffentlicher Aufträge sorgen sollte (Drs. 18/6268);
- Die Unterstützung des Radverkehrs und Stärkung der Radverkehrsinfrastruktur gefordert (Drs. 18/6064);
- Einen Masterplan „Vision Zero“ zur Senkung der Zahl der Verkehrstoten und die Einführung von Tempo 130 auf Autobahnen gefordert (Drs. 18/7155);
- Gezeigt, dass ein „Staufreies Hessen 2015“ nur mit Verkehrsverlagerungen auf Busse und Bahnen möglich ist und die Verkehrswende jetzt beginnen muss (Drs. 18/6529);
- Gezeigt, dass die zukünftige Finanzierung des ÖPNV nachhaltig gesichert werden muss und dazu das ÖPNV-Gesetz dringend verändert werden muss (Drs. 18/6295).

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Wirtschaft:
<http://gruenlink.de/2ft>

Verkehr:
<http://gruenlink.de/2fu>

Landesplanung:
<http://gruenlink.de/2fv>

Frankfurter Flughafen:
<http://gruenlink.de/2fr>





A44 und A49 weiterhin Gegenstand der politischen Auseinandersetzung; wir lassen nicht locker, auf die schädlichen Wirkungen dieser Straßenbauten und ihren fehlenden Nutzen für die Region hinzuweisen.

Neben dem Fernstraßenbau ist die Frage der Finanzierung der Mobilitätsangebote auf örtlicher Ebene von besonderer Bedeutung. Die Unterfinanzierung des ÖPNV in Hessen hat sich dramatisch erhöht und beträgt ab 2015 bis zu 140 Millionen Euro pro Jahr. Wir GRÜNE haben daher gefordert, dass sich die Landesregierung zunächst für eine uneingeschränkte Fortführung der ÖPNV-Finanzierungsbeteiligung durch den Bund einsetzt, die sich zudem an den steigenden Kosten für den Betrieb orientiert. Ohne diese Bundesmittel ließe sich eine Finanzierung im ÖPNV nicht mehr darstellen. Zusätzlich wollen wir GRÜNE die Bundesfördermittel zur Verbesserung der Verkehrssituation der Gemeinden mehr in Richtung ÖPNV, Rad- und Fußverkehr lenken und um den Fördertatbestand der Instandhaltung und des Lärmschutzes erweitern. Da selbst bei einer Fortführung der Beteiligung durch den Bund die Mittel zur Aufrechterhaltung des Status-Quo nicht ausreichen werden, wollen wir GRÜNE die Bundesmittel um einen echten originären Landesanteil aufstocken und so das Finanzierungsdefizit beheben. Zudem haben wir GRÜNE uns für den Ausbau der S-Bahn Frankfurt-Friedberg, der nordmainischen S-Bahn, der Regionaltangente-West sowie für den Aus-/Neubau der Schienenfernverkehrsverbindungen Frankfurt-Fulda und Frankfurt-Mannheim eingesetzt. Statt weiter gutes Geld in unsinnige Betonprojekte wie die A44/A49 oder den Flughafen Kassel-Calden zu pumpen, muss das wenige Geld für den Ausbau in das Schienennetz fließen.

Die dramatische Zunahme der Lärmbelastungen für die Menschen in der Rhein-Main-Region durch die neue Nordwestlandbahn am Frankfurter Flughafen hat unsere schlimmsten Befürchtungen Wirklichkeit werden lassen. Jahre-lange Apelle welche Folgen dieser Ausbau nach sich ziehen wird, blieben leider ungehört. Und dies ist, wenn es nach den Vorstellungen des Flughafenbetreibers geht, erst der Anfang. Denn die Flugbewegungen sollen um 40 Prozent weiter anwachsen. Dies bedeutet wiederum noch mehr Lärm für die Bevölkerung. Die Schmerzgrenze der Betroffenen ist aber heute schon erreicht. In zahlreichen Initiativen fordern wir von Schwarz-Gelb endlich wirkungsvolle Maß-

nahmen für die Bevölkerung zu ergreifen. Statt dessen setzt Schwarz-Gelb auf Beschwichtigung und versucht lediglich die Empörung zu dämpfen. Wir GRÜNE fordern: kein Terminal 3, absolutes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr, definierte Lärmobergrenzen, die Deckelung der Zahl der Flugbewegungen und die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten und -verfahren.

Der Neubau des Flughafens Kassel-Calden ist ebenfalls weiterhin Gegenstand der Auseinandersetzung mit Schwarz-Gelb. Für einen Flughafen, den außer der Landesregierung und einigen nordhessischen Politikern niemand haben will, sind die Kosten unkontrolliert immer weiter auf 271 Millionen Euro gestiegen – genau so wie wir dies bereits vor Jahren prognostiziert hatten.



Vorfahrt für die Schiene

Damit ist ein wirtschaftlicher Betrieb des Flughafens selbst unter optimistischen Annahmen praktisch ausgeschlossen. Zum Start des Flughafens Kassel-Calden werden die schlimmsten Befürchtungen sogar noch übertroffen. Geplante Flüge werden gestrichen, einzelne Passagiere werden mit dem Taxi zum benachbarten Regionalflughafen Paderborn gebracht. Bisher gibt es nur sehr wenige Linienflüge. Das Millionengrab wird zum Albtraum. Wir GRÜNE fordern die Landesregierung auf diesen Irrsinn zu stoppen und nicht noch mehr Steuergelder monatlich zu verbrennen.

HAUPTAUSSCHUSS

Im Hauptausschuss des Landtages wird eine ganze Bandbreite von Themen bearbeitet: von Medienpolitik über Bundesratsangelegenheiten bis hin zu verfassungsrechtlichen Fragen. Bereits zweimal musste der Hauptausschuss in dieser Legislaturperiode außerdem darüber entscheiden, ob Abgeordneten des Hessischen Landtages aufgrund von strafrechtlichen Ermittlungen die Immunität entzogen werden soll.

In der Medienpolitik diskutiert der Hauptausschuss vor allem die Rundfunkstaatsverträge zwischen allen Bundesländern, beispielsweise zur Rundfunkgebühr oder zum Jugendmedienschutz. Aber auch allgemeine medienpolitische Fragen werden hier erörtert. Ende 2009 führte der damalige Ministerpräsident Roland Koch (CDU) der gesamten bundesdeutschen Öffentlichkeit vor, wie viel Einfluss die Politik auf Personalentscheidungen innerhalb des ZDF nehmen kann. Maßgeblich auf sein Betreiben wurde der Vertrag des weithin geschätzten Chefredakteurs Nikolaus Brender nicht verlängert. Dieser Fall zeigte erneut, dass der aktuelle ZDF-Staatsvertrag und die aus ihm folgende Gremienbesetzung des ZDF offensichtlich keineswegs staatsfern sind, wie es verfassungsrechtlich vorgegeben ist.

Deshalb muss der ZDF-Staatsvertrag unserer Ansicht nach verändert werden, um in Zukunft politische Einflussnahmen auf Personalentscheidungen und damit die Inhalte des Senders zu verhindern. In den letzten 5 Jahren wurden auch mehrere Rundfunkänderungsstaatsverträge im Hauptausschuss diskutiert. Für besonderen Diskussionsstoff sorgte der Jugendmedienschutzstaatsvertrag, der 2010 nicht wie erwartet in Kraft trat. Wir GRÜNE haben die Novellierung des Jugendmedienschutzes abgelehnt, da viele Regelungen im digitalen Zeitalter überhaupt

nicht umsetzbar sind und möglicherweise zu Einschnitten in der Freiheit des Internets geführt hätten. Zuletzt wurden die Folgen des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages heiß diskutiert, der ab dem 1.1.2013 die neue Finanzierungsgrundlage für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten regelt. Zu diesem Thema erreichten den Hauptausschuss sehr viele Petitionen, welche es angemessen zu würdigen galt. Zudem wurde der Vorschlag einer EU-Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen beraten.

Um eine gesellschaftliche und politische Diskussion für eine Neuregelung des Jugendmedienschutzes anzustoßen, organisierte die Landtagsfraktion am 17. Juni 2011 eine bundesweite Tagung mit dem Titel „Moderner Jugendmedienschutz – Wie geht das?“. Mehr als 60 Teilnehmer diskutierten mit den 17 Referentinnen und Referenten aus Politik, Medien, der Internet-Community, mit Jugendschützern, Lehrern und Medienpädagogen.

Im Rahmen der verfassungsrechtlichen Fragen haben wir uns dafür eingesetzt, die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide zu senken. Denn wir möchten den Hessinnen und Hessen mehr Mitbestimmung erlauben. Unser GRÜNER Gesetzentwurf sah vor, dass an Volksbegehren nur noch 10 statt 20 Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen müssen, um dem Landtag einen Gesetzentwurf zuleiten zu können. CDU und FDP haben sich jedoch gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Auch der fragwürdigen Praxis, das hessische Ministerien in Form von sogenannten „Abgeordnetenbriefen“ exklusiv Wahlkampfhilfe für die Fraktion von CDU und FDP geleistet haben, wird zurzeit im Hauptausschuss nachgegangen.

KONZEPTE FÜR HESSEN

DIGITALES HESSEN – NETZPOLITIK IST ZUKUNFTSPOLITIK

Mit unserem netzpolitischen Konzept wollen wir ein Startsignal für eine eigene hessische Netzpolitik senden. Der digitale Wandel verändert Hessen zunehmend. Die Landespolitik muss Rahmenbedingungen schaffen, dass Menschen und Unternehmen gleichermaßen davon profitieren – denn Netzpolitik ist Zukunftspolitik. Wir setzen uns für einen gerechteren und schnelleren Ausbau des Breitbandnetzes ein, denn die Breitbandversorgung ist schon heute einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren und ihre Bedeutung nimmt weiter zu. Außerdem wollen wir die Chancen der Green-IT stärker nutzen, die persönliche Sicherheit im Netz erhöhen und mittels moderner Informationstechnik dafür sorgen, dass Verwaltungs- und Regierungshandeln transparenter und wirkungsvoller werden und die Bürgernähe durch konstruktive Beteiligung gestärkt wird.

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

TAREK AL-WAZIR



Fraktionsvorsitzender,
Sprecher für Medienpolitik

JÜRGEN FRÖMMRICH



Innen- und Rechtspolitischer Sprecher

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Kultur und Medien:
<http://gruenlink.de/2hf>

Innen:
<http://gruenlink.de/2h7>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>





Anfang 2012 beschäftigte sich der Hauptausschuss außerdem mit den Auswirkungen der Bundeswehr-Reform auf Hessen. Wir GRÜNE setzten uns in dieser Debatte für ein generelles Mitbestimmungsrecht der betroffenen Kommunen bei den Veräußerungen der freiwerdenden Liegenschaften ein sowie sie dabei zu unterstützen, zukunftsfähige Entwicklungskonzepte für die durch Standortschließungen frei gewordenen Liegenschaften zu erarbeiten.

Auch die Netzpolitik ist in dieser Legislaturperiode verstärkt in den Blick der parlamentarischen Arbeit gerückt. Dazu wurde im Hessischen Land-

tag zum Beispiel das Thema offene und kostenfreie WLAN-Netze kontrovers debattiert und wir haben uns mit einem Antrag für die Ablehnung des schwarz-gelben Gesetzesentwurfs für ein Leistungsschutzrecht für Verlage eingesetzt. Aber es beschäftigte uns auch mehrfach die Frage, wie der drohenden digitalen Spaltung Hessens infolge der gescheiterten Breitbandstrategie der Landesregierung entgegengewirkt werden kann.

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Einen Gesetzentwurf eingebracht zur Änderung von Art. 124 der Verfassung des Landes Hessen, um das Quorum für Volksentscheide abzusenken (Drs. 18/2764)
- In einem Antrag die maßgeblich vom Ministerpräsidenten betriebene Absetzung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender kritisiert und eine Verfassungsklage gegen den ZDF-Staatsvertrag gefordert (Drs. 18/1643);
- Mit einem Dringlichen Berichtsantrag forderten wir die Landesregierung auf, über die Wahlkampfhilfe in Form von sogenannten Abgeordnetenbriefen zu berichten (Drs. 18/7421);
- In einem Antrag wurde das schwarz-gelbe Leistungsschutzrecht für Verlage abgelehnt und sich für eine bessere Durchsetzung des bisher gültigen Urheberrechtsschutzes ausgesprochen (18/7132).

INNEN

Schwerpunkte GRÜNER Innenpolitik sind die Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte, Offenheit und Transparenz sowohl in der Landesverwaltung als auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und eine moderne, bürgernahe, de-escalierend und präventiv wirkende Polizei. Im Gegensatz zu den Regierungsfraktionen ist für uns innere Sicherheit nicht Selbstzweck. Sicherheit steht aus unserer Sicht immer im Dienst der Freiheit, deshalb sind auch Eingriffsbefugnisse im Polizeigesetz in diesem Sinne zu normieren.

Pleiten, Pannen und Skandale sowie eine ausgeprägte Spezi-Wirtschaft waren die Markenzeichen einer erschöpften und verbrauchten Landesregierung in der 18. Wahlperiode. Die Polizeichef-Affäre, der Rauswurf der LKA-Chefin, Vergabeskandale bei der Beschaffung und die zahllosen Mobbing-Vorwürfe bei der Frankfurter Polizei sind noch vielen Menschen in Erinnerung. In die Polizeichef-Affäre waren immerhin zwei CDU Innenminister, Volker Bouffier und Boris Rhein, verwickelt. Der ehemalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Bouffier wollte auf Biegen und Brechen einen Gießener CDU-Spezi zum Chef der Hessischen Bereitschaftspolizei machen. Dabei wurde gegen Recht und Gesetz verstoßen. Ein angesehener Sachverständi-

diger, der für den Untersuchungsausschuss ein Rechtsgutachten erstellte, urteilte: Das Besetzungsverfahren war rechtswidrig und verletzte die Verfassungsrechte eines anderen Bewerbers.

Besonders erschütternd war aber die politische Bewertung: Für die Regierungsparteien CDU & FDP spielt das keine Rolle – Hauptsache der „richtige“ Kandidat ist ausgewählt worden. Ein sehr komisches Rechtsstaatsverständnis, das CDU und FDP in diesem Fall an den Tag gelegt haben. Wir finden das skandalös. Das Verfahren war intransparent und rechtsstaatwidrig.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt. Im Moment wollen CDU und FDP eine extrem weitgehende Bestandsdatenauskunft ohne Richtervorbehalt bei der Abfrage von IP Adressen ins Hessische Polizeirecht einführen. So könnten Sicherheitsbehörden möglicherweise beinahe beliebig Bewegungs- und Nutzungsprofile erstellen. In den vergangenen Jahren hatten sich FDP und CDU dabei hervorgetan, polizeiliche Überwachungsbefugnisse möglichst weit auszudehnen. Dabei ließen sie sich auch von Verfassungsgerichtsurteilen nicht aufhalten. Großzügige Regelungen

JÜRGEN FRÖMMRICH



Innen- und Rechtspolitischer Sprecher

ELLEN ENSLIN



Sprecherin für Kommunales und Datenschutz

DANIEL MACK



Sprecher für Netzpolitik und Sport

KONZEPTE FÜR HESSEN

HESSENS KOMMUNEN FAIR FINANZIEREN

Möglichst gerecht, einfach und verständlich wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) gestalten und haben deshalb einen Reformvorschlag aus einem Guss vorgelegt. Durch diese Reform soll die kommunale Selbstverwaltung gesichert und neue Spielräume eröffnet werden. Zudem sollen die neuen Ausgleichsregeln flexibel auf schwankende Landes- und Kommunalfinanzen reagieren und so dem Land und den Kommunen einen langfristig verlässlichen Finanzrahmen bieten. Wir wollen erreichen, dass das KFA-Volumen in Zukunft an der tatsächlichen Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen bemessen und stabilisiert wird. Das bedeutet, dass alle in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen zwischen Land und Kommunen in einem gemeinsam zu ermittelnden Verhältnis aufzuteilen sind. Die gleichmäßige Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen soll durch die Einführung des sogenannten Gleichmäßigkeitgrundsatzes (GMG) erreicht werden, der beispielsweise in Sachsen bereits angewendet wird.

HESSENS KOMMUNEN - MOTOR DER GESELLSCHAFTLICHEN UND ÖKOLOGISCHEN ERNEUERUNG

Selbstverwaltung stärken, Finanzen ins Lot bringen, Bürgerbeteiligung ausbauen und sozialen Zusammenhalt sichern sind die Schwerpunkte, die wir in unser Konzept „Hessens Kommunen – Motor der gesellschaftlichen und ökologischen Erneuerung“ aufgenommen haben. In den Kommunen erleben die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen öffentlicher Entscheidungen unmittelbar. Deshalb brauchen wir handlungsfähige Kommunen. Sie brauchen finanzielle Freiräume, um selbst entscheiden und Neues auf den Weg bringen zu können. Unser Konzept zeigt einen Rahmen auf, wie kommunale Leistungsfähigkeit und die Daseinsvorsorge garantiert werden kann.

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>



zur Quellen-TKÜ (Abhören von Internettelefongesprächen), Kennzeichenlesegeräten und dem Abgleich mit Datenbeständen oder der Rasterfahndung wurden eingeführt.

Bemerkenswert: Bei insgesamt 2,1 Mio. Kennzeichenüberwachungen wurden insgesamt nur 19 Straftaten (und 399 Zulassungsverstöße)

aufgedeckt. Das bedeutet 2,1 Mio. Autofahrer wurden komplett unschuldig einer polizeilichen Maßnahme unterzogen.

Gleichzeitig offenbaren die Sicherheitsbehörden bisweilen enorme Schwäche da, wo genaues Hinsehen nötig wäre: Bei den Morden des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Nach einem eigenen Gesetzentwurf (Drs. 18/449) mit der SPD einen Gesetzentwurf vorgelegt, um den modernen Anforderungen an Bürgerrechte und transparentes staatliches Handeln gerecht zu werden (Drs. 18/1895);
- Zur Aufklärung der Polizeichefaffäre gemeinsam mit der SPD einen Untersuchungsausschuss eingesetzt (Drs. 18/2140 - Web: <http://gruenlink.de/2h0>);
- Unregelmäßigkeiten im Frankfurter Polizeipräsidium festgestellt (dringlicher Berichtsantrag Drs. 18/2610): Skandal und die damalige Polizei-Präsidentin Thurau (Web: <http://gruenlink.de/2h0>);
- Im Entwurf für ein Landespolizeibeauftragtengesetz mit der SPD eine unabhängige Beschwerdestelle für Polizeibeamte sowie BürgerInnen gefordert (Drs. 18/7134);
- Die Kennzeichnungspflicht für Polizisten auch bei Demos in einem Gesetzentwurf gefordert (Drs. 18/7522).
- Mit dem Entwurf für ein hessisches Spielhallengesetz versucht, Regelungen zur Suchtprävention, zum Jugend- und Anwohnerschutz aber auch zum Spielerschutz durchzusetzen und ausufernde Ausbreitung zu vermeiden (Drs. 18/3965);
- Gegen die Vorratsdatenspeicherung argumentiert, um Generalverdacht gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu verhindern (Antrag Drs. 18/3600);
- Stetig auf die Zusammenführung von öffentlichem und privatem Datenschutz hingewirkt (Drs. 18/3869) und viele GRÜNE Einflüsse durchgesetzt;
- Den Erhalt der hohen Datenschutzstandard bei der EU-Datenschutzreform eingefordert (Dringlicher Antrag, Drs. 18/5374);
- Den Stopp des aktuellen ACTA-Abkommens mit eingeleitet (Drs. 18/5482);
- Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe der Landesregierung aufgedeckt (Drs. 18/2817, 18/2921 und 18/3166) und mehr Transparenz sowie verbesserte Kontrolle vorgeschlagen (Drs. 18/3643);
- Die Landesregierung in mehreren Anträgen aufgefordert Rechtsextremismus in Hessen endlich konsequent zu bekämpfen (Drs. 18/5697, 18/5246);
- Den Einsatz und die Beschaffung von Drohnen-Überwachungstechnik für die Hessische Polizei gegen den Widerstand der Landesregierung aufgeklärt (Auskunftsersuchen vom 8.8.2012 und Antwort des Ministers vom. 16.01.2013)
- Aufgedeckt, wie die Kosten der Polizeieinsätze bei Profifußballspielen unter Boris Rhein gestiegen sind (Kleine Anfrage, Drs. 18/5796);
- Ein Konzept gegen Gewalt beim Fußball und zur Stärkung positiver Fan-Kultur bei der Landesregierung eingefordert (Drs. 18/6494);
- Einen Gesetzentwurf zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen vorgelegt, der die Veröffentlichung der Gehälter von Managern und Aufsichtsräten in öffentlichen Unternehmen vorsieht (Drs. 18/1326);
- Einen Änderungsantrag für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung eingereicht, der u.a. eine Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene beinhaltet (Drs. 18/4596).
- Einen Dringlichen Antrag für eine umfassende Reform der kommunalen Finanzausstattung eingebracht (Drs. 18/5230);
- Einen Änderungstag zum Friedhofs- und Bestattungsgesetz eingebracht, der vorsieht, dass auf Friedhöfen nur Grabsteine und Grabeinfassungen verwendet werden dürfen, die nachweislich aus fairem Handel stammen und ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden (Drs. 18/5764);
- Eine Veranstaltung zum Thema Kommunale Bürgerbeteiligung- Viel Aufwand, wenig Nutzen? Wie erfolgreicher Bürgerdialog aussehen kann! durchgeführt. (<http://gruenlink.de/jfr>).



(NSU). Zwei Opfer der Nazi-Mordserie waren Hessen. Bei der Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat in Kassel arbeiteten Polizei und Verfassungsschutz mehr gegen- als miteinander. Ein V-Mann-Führer des Verfassungsschutzes spielte bei den Ermittlungen eine wichtige Rolle, da er in zeitlicher Nähe am Tatort anwesend war. Innenminister Volker Bouffier höchst persönlich versagte der Polizei die Erlaubnis, die von dem Verfassungsschutzmitarbeiter geführten V-Leute zu vernehmen. Er stellte damit das Schutzzinteresse für V-Leute über das ermittlungsinteresse des Staates in einem Serienmordverfahren.

Insgesamt führte das nachträglich Bekanntwerden des Versagens auch des Hessischen Verfassungsschutzes zur Erkenntnis: Dieser Verfassungsschutz muss grundlegend reformiert werden. Die Ausbildung der Mitarbeiter, ihre Analysefähigkeit, das V-Leutewesen, die Zusammenarbeit der Behörden und die parlamentarische Kontrolle: Alles ist dringend zu reformieren.

Auch im Umgang mit Fußballfankultur offenbarte die Landesregierung ihre Überzeugung „Repression statt Prävention“. Unter Innenminister Boris Rhein sind die Kosten der Polizeieinsätze bei Profifußballspielen von 4,7 auf 6,2 Mio. Euro pro Saison gestiegen – also um 50 Prozent. Anstatt einen echten Dialog mit Fußballfans zu führen um die positiven Kräfte zu stärken, erscheint der Minister konzeptlos.

KOMMUNALES

Die Kommunale Selbstverwaltung genießt Verfassungsrang. Sie zu gewährleisten ist Aufgabe des Landes, damit Kommunen noch Freiräume haben zu entscheiden. Schwarz-Gelb ist dieser Aufgabe in den vergangenen Jahren mehr als schlecht nachgekommen. Das belegen schon mehrere verfassungsgerichtliche Urteile gegen die Landesregierung.

Auch das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, muss auch zahlen – hatte die Landesregierung ignoriert. So wurde vom hessischen Staatsgerichtshof die Mindestverordnung für die Personalausstattung in Kindergärten deshalb gekippt, weil CDU & FDP zwar Vorgaben bei der Personalausstat-

tung machten, aber die zusätzlichen Kosten dafür nicht übernehmen wollten.

Auch gegen den Entzug von mehr als 344 Mio. Euro jährlich aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu Lasten der Kommunen wurde geklagt und der Staatsgerichtshof gab den Kommunen Recht. Diese planlose Landesregierung hatte nicht einmal versucht, den tatsächlichen Finanzbedarf der hessischen Kommunen zu ermitteln, sondern einfach nach Gutdünken reduziert. Die Finanzausstattung der Kommunen ist ein zentrales Element, um die kommunale Selbstverwaltung zu gewährleisten. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist sie schwierig sicher zu stellen. Deshalb ist hier einiges an Planung und Überlegung erforderlich, wozu Schwarz-Gelb offenbar nicht bereit ist. Zeitgemäße Landespolitik erfordert aber tatsächlich eine grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung, die sich an den tatsächlichen Aufgaben der Kommunen orientiert. Das ist kein einfaches Projekt. Wir haben unsere Vorschläge dazu deshalb in einem eigenen Konzept Kommunalfinanzen dargelegt.

Grundsätzlich sind wir überzeugt, dass gerade in der Kommune, wo der direkte Kontakt zwischen Bürger und Verwaltung alltäglich ist, neue Ansätze nötig sind. Wir setzen uns konsequent für die Verbesserung von Transparenz und Bürgerbeteiligung gerade und besonders auf kommunaler Ebene ein und haben dazu Konzepte, Gesetze und Initiativen vorgelegt. Auch unsere Fachtagung „Kommunale Bürgerbeteiligung - Viel Aufwand, wenig Nutzen? Wie erfolgreicher Bürgerdialog aussehen kann!“ hat wichtige Erkenntnisse aus Theorie und Praxis für die Zukunft gegeben.

Klar, dass wir auch die Offenlegung der Gehälter von Managern und Räten in öffentlichen Unternehmen fordern. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf zu erfahren, wie seine Gelder verwendet werden.

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Innen:
<http://gruenlink.de/2h7>

Integration & Migration:
<http://gruenlink.de/2h8>

Kommunales:
<http://gruenlink.de/2h9>

Datenschutz:
<http://gruenlink.de/2ha>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>



WISSENSCHAFT & KULTUR

DANIEL MAY



Sprecher für Wissenschaft, Kunst, Hochschule und Forschung

KAI KLOSE



Sprecher für Wirtschafts-, Wohnungs-, Lesben- und Schwulenpolitik

Bildung ist unsere wichtigste Zukunftressource. Die gesamte Gesellschaft profitiert von der Innovation und Kreativität gut ausgebildeter Menschen – sowohl in der Wissenschaft als auch in der Wirtschaft. Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, brauchen wir mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Unsere Ziele sind daher: Eine bessere Qualität des Studiums, der Abbau von Zugangshürden und weniger Studienabbrüche.

Die Hochschulen stehen wegen der stark steigenden Studierendenzahlen durch die doppelten Abiturjahrgänge aufgrund von G8 sowie dem Aussetzen von Wehr- und Zivildienst und der seit Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung vor enormen Herausforderungen. Kontinuierlich ist der Landeszuschuss pro Studierendem gesunken. Viele der Mittel, die die Hochschulen erhalten, sind kurzfristige Projektmittel und sind nicht verfestigt, so dass eine langfristige Finanzplanung für die Hochschulen nahezu unmöglich geworden ist. Eine bedeutsame Auswirkung davon ist die steigende Zahl von prekären Beschäftigungsverhältnissen besonders an den Universitäten. In der überwiegenden Zahl der Fälle und mit zunehmendem Maße werden Verträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur noch befristet und halbtags abgeschlossen. Diese Praxis führt dazu, dass gerade im wissenschaftlichen Nach-

wuchs unter teils dramatischen Verhältnissen gearbeitet wird und die Zeit für die eigene Qualifikation, wie Doktorarbeiten oder Habilitationen fehlt.

Gute Qualität für mehr Studierende bei weniger Mitteln wird nicht funktionieren. Während die Hochschulen vor großen Herausforderungen stehen, hat Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann in den vergangenen Jahren keine Idee davon entwickelt, was sie als Ministerin erreichen will und wie der Wissenschafts- und Forschungsstandort Hessen in Zukunft aussehen soll. Sie gibt keinerlei Impulse für die 13 staatlichen Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen. Das Hochschulgesetz und die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werden nicht oder nur unzureichend evaluiert und zur Erarbeitung der neuen Zielvereinbarungen setzt die Ministerin nicht auf das Know-How ihres Ministeriums, sondern hat ein Wirtschaftsberatungsunternehmen einbezogen.

Wir halten einen gemeinsamen, landesweiten Dialog der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen und der Politik über die zukünftige Aufstellung des Wissenschaftsstandorts Hessen für dringend notwendig. Ziel soll hierbei die Entwicklung eines Zukunftsplans sein, der das bestehende und zu entwickelnde Potenzial des

KONZEPTE FÜR HESSEN

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>

REFORM DER LEHRERBILDUNG

Mehr dazu im Themenbereich Bildung auf Seite 6.

HOCHSCHULPOLITIK FÜR HESSEN

Ein Ausbau der Anzahl der Studienplätze, die Lockerung des Hochschulzugangs sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur im Bereich der Hochschulen stehen im Mittelpunkt unseres Hochschulkonzepts. Dies bedeutet auch eine finanzielle Stärkung der Universitäten, da es bis zum Jahr 2020 jährlich 80 Millionen Euro zusätzlich geben soll. In dem Konzept stellen wir vor, was sich an den Universitäten und Hochschulen ändern muss, damit die Fehler der Vergangenheit behoben werden und die Hochschulen den zukünftigen Herausforderungen gewachsen sind. Wir wollen, dass denjenigen, die ein Hochschulstudium anstreben auch eine faire Chance erhalten, dieses aufnehmen zu können. Zur notwendigen Reform des Bologna-Prozesses fordern wir die Einrichtung eines Runden Tisches.

KREATIVE POTENTIALE WECKEN – HEUTE FÜR MORGEN

Das Konzeptpapier will sich auf die Förderung einer der Grundvoraussetzungen konzentrieren, die Talente, Technologie und Toleranz vereint: Kreativität. Die Förderung von Kultur und Kreativität ist einer der wichtigsten Schlüssel für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg Hessens, denn Kultur und Kreativität sind starke Innovationsmotoren. Kultur und Kreativität brauchen, um sich entwickeln zu können, vor allem Raum und Freiheiten auch jenseits etwaiger Nützlichkeitsaspekte. Unsere These heißt daher: Die Kreativität ist schon hier, wir müssen sie nur wecken.



hessischen Hochschulsystems unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklungen in der Wissenschaft umfasst. Wir wollen auf Augenhöhe mit den Hochschulen über die Zukunft des Hochschulsystems beraten und mit ihnen gemeinsam Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen finden.

Ein großes Problem gerade in Großstädten ist der Mangel an studentischem, bezahlbarem Wohnraum. Schon in den letzten Jahren war absehbar, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt noch zuspitzen wird. Auch für die kommenden Semester ist keine Entspannung absehbar. Wir wollen uns dieses Problems annehmen und neben den klassischen Wohnheimen der Studentenwerke auch kreative Lösungen fördern. Die von Semester zu Semester dramatischeren Sze-

nen von Bettenlagern wollen wir nicht einfach hinnehmen, wie dies die Landesregierung tut. Wir haben daher Lösungen entworfen, die einerseits die Studentenwerke durch einen Zuschuss von fünf Millionen Euro, günstige Kredite und Zurverfügungstellung von Erbbaugrundstücken dazu ermächtigt, mehr Plätze in Wohnheimen zu schaffen und andererseits innovative Konzepte wie „Wohnen für Hilfe“ und „Integratives Wohnen“ zu fördern.

Ein weiterer wichtiger Punkt unserer Arbeit im Themenbereich Wissenschaft in der 18. Legislaturperiode ist die Arbeit im Untersuchungsausschuss zur Förderung der European Business School. Die EBS hat in den vergangenen Jahren von der schwarz-gelben Landesregierung knapp 25 Millionen Euro für den Aufbau eines juristi-

**MARTINA
FELDMAYER**



Sprecherin für Landwirtschaft, Gentechnik, ländlichen Raum, Verbraucherschutz und Kultur

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Einen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Förderung der EBS durch die Landesregierung eingesetzt und die fortlaufenden Zahlungen kritisch hinterfragt (Drs. 18/864, 18/7099, 18/6767)
- Die Entwicklung des privatisierten Uniklinikum Gießen und Marburg kritisch begleitet und die Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts in Bezug auf die Überführung der Landesbediensteten in das private Unternehmen sowie die Inbetriebnahme der Partikeltherapieanlage gefordert und thematisiert (u.a. Drs. 18/2215, 18/5641, 18/5330, 18/6125, 18/6938, 18/7216).
- Eine Anhörung zum Thema „Prekäre Beschäftigungssituation an hessischen Hochschulen“ beantragt und durchgeführt (Drs. 18/5841).
- Die Wohnungsnott der Studierenden an hessischen Hochschulen thematisiert und Abhilfe gefordert (Drs. 18/3294, 18/5146 und 18/6495).
- Die Neuregelung der W-Besoldung kritisiert und einen konkreten Gegenvorschlag vorgelegt (Drs. 18/6496).
- In einem Antrag Alternativen zum schwarz-gelben Hochschulgesetz aufgezeigt: „Hochschulgesetz-Novelle – Demokratie ausbauen und Zukunftsprobleme lösen“ (Drs. 18/1637).
- Die Kürzung des Hochschulpakts und die Erpressung der Präsidenten zur Unterzeichnung des Pakts thematisiert und scharf kritisiert. Wir fordern eine Neuverhandlung des Pakts auf Augenhöhe und eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen (Drs. 18/2430, 18/2238).
- Ein Positionspapier zum Thema Bologna-Prozess erarbeitet und eine dazugehörigen Fachanhörung durchgeführt. Daraus folgte der Antrag „Bologna-Prozess: Mit der Reform der Reform endlich ernsthaft beginnen“ mit Vorschlägen zur besseren Studierbarkeit, Forderung nach Einrichtung eines runden Tisches mit allen Beteiligten sowie besserer Finanzausstattung zur Ermöglichung der Reform (Drs. 18/2239).
- Die ‚Nicht-Verleihung‘ des Hessischen Kulturpreises an Navid Kermani zum Thema gemacht. Dass Kermani den Preis dann doch bekommen hat, ist sicher u.a. auch unser Verdienst (Drs. 18/469).
- Die Umstellung der Literaturförderung (Drs. 18/2035) kritisiert: Die Romanfabrik und andere Literaturinitiativen wurden durch die kurzfristige Finanzierungsumstellung ohne Grund düpiert und mussten Teile ihres Programmen kürzen.
- Eine Große Anfrage Kreativwirtschaft gemeinsam mit der Wirtschaftsabteilung (Drs. 18/3843) eingereicht. Die Antworten der Landesregierung waren jedoch zum großen Teil unbefriedigend. Sie sieht nur den wirtschaftlichen Aspekt, hat aber kein Gespür für die Arbeit und nötige Maßnahmen für Kreative.
- Einen Antrag eingebracht, um Kultur und Kreativwirtschaft in Hessen zu stärken und Freiräume für Kultur und Kreativität zu schaffen (Drs. 18/3483).
- Die Landesregierung aufgefordert, die kommunalen und Programmkinos in Hessen bei der Digitalisierung zu unterstützen (Drs. 18/3642). Die Regierung hat endlich eingelenkt. Die Frage ist nun, wie viele Kinos den Eigenbeitrag von 20 Prozent für die Digitalisierung aufbringen können.
- In einem Antrag für den Erhalt des eDIT – The Filmmaker's Festivals plädiert (Drs. 18/5543).
- Einen dringlichen Antrag eingebracht (Drs. 18/6118), um bei der GEMA-Tarifreform darauf zu dringen, dass die Rechte von Musikschauffenden und Musikveranstaltern in Ausgleich gebracht werden. Darin wurden wir später von CDU, SPD und FDP unterstützt.

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Wissenschaft & Hochschulen:
<http://gruenlink.de/2fx>

Kultur und Medien:
<http://gruenlink.de/2hf>

Bildung:
<http://gruenlink.de/2fw>





schen Fachbereichs erhalten. Vieles scheint bei dieser Förderung nicht mit rechten Dingen zugegangen zu sein, wir wollen die Hintergründe der Förderung beleuchten.

Auch in der Kulturpolitik gab es kaum Impulse der Landesregierung. Neben der Förderung der großen Kulturinstitutionen ist die Landesregierung vor allem durch den Eklat rund um die Verleihung des Hessischen Kulturpreises 2009 aufgefallen, der bundesweit negative Schlagzeilen machte oder etwa durch die unangekündigte Abwicklung der „eDIT“ 2012, dem international renommierten und für die Kreativen so wichtigen Frankfurter Filmfestival.

Wir finden, dass Hessen neue kulturpolitische Impulse braucht. Hessen sollte Kreativität fördern – und zwar von Anfang an: angefangen bei der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche, über die Kreativwirtschaft bis hin zur Unterstützung kleinerer Kinos bei der Umstellung auf

die digitale Vorführtechnik.

Mit unseren Anträgen zum Etat des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zeigen wir unsere Alternativen zur Politik der Landesregierung auf. Wir wollen ein Programm zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft auflegen, den wissenschaftlichen Nachwuchs stärker fördern, den Hochschulen mehr Mittel zum Ausbau der Studienplätze bereitstellen, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten besser fördern und die Filmförderung des Landes erhöhen. Die Mittel, die an die European Business School geflossen sind, sind leider nicht zu revidieren, wir werden aber bei der kommenden Förderung von nicht-staatlichen Hochschulen mehr Wert auf Gerechtigkeit legen.

RECHT & INTEGRATION

Für uns GRÜNE muss unser Rechtssystem den Anforderungen an eine moderne, vielfältige und offene Gesellschaft entsprechen. Unsere Gerichte müssen mit modernen Kommunikationsmitteln und mit effektiven Verwaltungs- und Abrechnungssystemen ausgestattet werden. Wir brauchen aber auch Menschen in den Gerichten, die für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sind und die Richterinnen und Richter bei ihrer Arbeit unterstützen. Modern und vielfältig bedeutet für uns auch bürgernah und erreichbar.

Auch um das besser zu gewährleisten, möchten wir die hessische Verfassung aus dem Jahre 1946 reformieren und dem Staatsverständnis des 21. Jahrhunderts entsprechend neu gestalten.

Rechtspolitik ist stets auch die Gestaltung von Transparenz staatlichen Handelns und Gleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger.

Eine ganz wichtige Säule des modernen Verhältnisses von Staat und Bürger ist die Transparenz des staatlichen Handelns. Leider scheint das nicht die Auffassung der schwarz-gelben Landesregierung zu sein, wie sich an vielen Beispielen quer durch diese Bilanz zeigt. So sind wir etwa mit unserem Vorschlag eines Informationsfreiheitsgesetzes (zur Offenlegung von Verwaltungshandeln, vgl. Innen) an ihrer Mehrheit gescheitert.

Auch unsere Forderung, dass Landtagsabgeordnete sämtliche Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genauso veröffentlichen müssen, wie deren Herkunft, wurde abgelehnt. Immerhin ist es auf unsere Initiative mittlerweile gelungen, zumin-

dest die Standards für Bundestagsabgeordnete auch in Hessen einzuführen.

Daran schließt sich auch unser Vorschlag an, die Gehälter von Managern und Räten öffentlicher Unternehmen zu veröffentlichen. Immerhin werden die aus Steuergeldern bezahlt oder garantiert und daher hat die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse, das nachvollziehen zu können (siehe: Innen).

Die Gleichstellung Homosexueller im hessischen Recht war ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Obgleich die Landtagsmehrheit sich hier lange quergestellt und unsere Initiativen blockiert hat, konnten wir uns am Ende weitgehend durchsetzen: Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Reihe von Entscheidungen klargestellt, dass homosexuelle Partnerschaften auch im Beamtenrecht wie Ehen behandelt werden müssen.

Ein wichtiger Bereich der Rechtspolitik ist die Justizpolitik. Hier liegt für uns der Fokus auf Resozialisierung der Straftäter und Therapie der Untergebrachten. So ist auch im Bundesstrafvollzugsgesetz die Resozialisierung primäres Vollzugsziel, während der in Hessen gleichrangige Sicherheitsauftrag Wiedereingliederungsmaßnahmen und insbesondere den offenen Vollzug beschränkt.

Wie wichtig die parlamentarische Kontrolle ist, hat sich im April 2013 im Justizvollzug gezeigt. Noch im Herbst 2012 behauptete die Landesregierung, im hessischen Strafvollzug gäbe es nach dem Verbot der „Hilfsgemeinschaft für nationale

MÜRVET ÖZTÜRK



Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen

JÜRGEN FRÖMMRICH



Innen- und Rechtspolitischer Sprecher

MONNE LENTZ



Sprecherin für Jugend, Drogen, Frauen und Gleichstellung

KONZEPTE FÜR HESSEN

ALLES WAS RECHT IST - EIN KONZEPT FÜR HESSEN

Im Mittelpunkt unseres Konzeptes zur Rechtspolitik stehen eine Modernisierung der Verfassung, eine stärkere Betonung der Gewaltenteilung, eine größere Unabhängigkeit des Staatsgerichtshofs sowie bei der Berufung und Beförderung von Richterinnen und Richtern und ein Qualitätsmanagement in der Justiz.

EIN INTEGRATIONSKONZEPT FÜR HESSEN

Wir wollen die Integrationspolitik endlich versachlichen und schlagen konkrete Maßnahmen vor, damit Integration in Hessen aktiv gestaltet werden kann. Denn wir haben in Hessen kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Den Kern der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bilden der Hessische Integrationsplan, die Hessische Integrationsvereinbarung und eine regelmäßige Integrationskonferenz, die nicht nur wie bisher zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit, sondern als echtes Entscheidungsgremium etabliert werden soll. Sie bilden die Voraussetzung für einen systematischen Dialog, um die geeigneten Maßnahmen zur Förderung der Integration in Hessen zu definieren. Auf dieser Grundlage soll ein Integrationsgesetz verabschiedet werden, dass die verschiedenen Maßnahmen bündelt. Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für alle und Integration als Aufgabe sind der Dreiklang, der dieses Konzept prägt.

Unsere Konzepte im Volltext finden Sie unter: <http://gruenlink.de/2pw>



politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) keine rechtsextremistischen Netzwerke mehr. Just einen Monat zuvor war in der einschlägigen (und vom Verfassungsschutz überwachten) Zeitschrift Biker News ein Gründungsaufruf erschienen, der von Nazi-Codes nur so wimmelte. Da ging es um „alte Werte“, wurde der 20. April als Gründungstag angegeben, hieß die Gruppe Aryan Defense 14 und war der Gründer, ein landbekannter Neonazi-Schläger, namentlich benannt.

Wir sind erschrocken, dass es offensichtlich den hessischen Sicherheitsbehörden, inklusive Verfassungsschutz und der Justizverwaltung bislang an Kompetenz fehlt, solche klaren Hinweise auf Nazi-Umtriebe zu erkennen. Immerhin hat auf unsere Nachfragen hin der Justizminister nunmehr Maßnahmen angekündigt, um rechtsex-

treme Gefangene besser identifizieren und ihre Umtriebe überwachen zu können.

INTEGRATION

Vielfalt ist eine Bereicherung für Hessen. Integration gelingt tagtäglich millionenfach und ist daher eine Erfolgsgeschichte, die von ca. 6 Millionen Hessinnen und Hessen mit und ohne Migrationshintergrund in zahlreichen positiven Beispielen gelebt wird. Die Formulierung „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird zwar von manchen als sperrig empfunden, doch sie hat die Benennung „Ausländer“ mittlerweile abgelöst. Das ist in der Integrationsdebatte sachlich sehr viel sinnvoller und knüpft an kulturelle Erfahrung, nicht aber an die Staatsangehörigkeit per se an: Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle, die nach 1949 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik zugezogen sind,

IM PARLAMENT

DIE GRÜNEN HABEN UNTER ANDEREM:

- Die verbesserte Offenlegung der Nebeneinkünfte von hessischen Abgeordneten erreicht (Drs. 18/7402 bzw. 18/7369);
- Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht eingeleitet (Antrag Drs. 18/6033 und Gesetzentwurf Drs. 18/6256);
- Zur Erleichterung von Volksentscheiden einen Gesetzentwurf zur Änderung von Art. 124 der Verfassung des Landes Hessen eingebracht (Drs. 18/2764);
- Um Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide zu senken, einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht (Drs. 18/2797);
- Die Aufklärung um das skandalöse Nazinetzwerk in hessischen Gefängnissen voran getrieben (Drs. 18/7248, 18/7234);
- Einen Bericht zu Extremismus im hessischen Justizvollzug angefordert (Drs. 18/7378);
- Erleichterte Einbürgerung durch Abschaffung der Optionspflicht gefordert (Entschließungsantrag Drs. 18/7247);
- Als erste Fraktion im Hessischen Landtag die mittlerweile erfolgte Abschaffung der Residenzpflicht (Drs. 18/2760) gefordert. Nun muss auch eine entsprechend länderübergreifende Regelung folgen;
- Versucht, das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse durch Beratungsangebote zu verbessern (Änderungsantrag Drs. 18/6784)
- Die Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes gefordert, denn die Menschenwürde ist nicht relativierbar! (Dringlicher Berichtsantrag Drs. 18/6789);
- Die Enquete-Kommission Integration und Migration in Hessen mit den anderen Parteien eingerichtet (Drs. 18/1172). Nun müssen wir leider zahlreiche Minderheitsvoten zum Abschlussbericht der Kommission abgeben, weil die schwarz-gelbe Mehrheit die Ergebnisse der Enquetekommission ignoriert;
- Einen generellen Abschiebestopp von Flüchtlingen in den Iran gefordert (Drs. 18/1788);
- Beantragt, den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht zu streichen, um damit Gleichbehandlung von binationalen Kindern zu ermöglichen (Drs. 18/870);
- Beantragt, die Zusammensetzung der Härtefallkommission NICHT zu ändern und eine Zusammensetzung aus fachkundigen Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen gefordert (Drs. 18/862);
- Die Suche einer Partnerregion in der Türkei nach klaren Auswahlkriterien unterstützt und die Beteiligung des Parlaments gefordert (Drs. 18/1641 und 18/2911);
- Versucht, die Einführung des Islamunterrichts in Hessen zu beschleunigen und zu verbessern (Drs. 18/3601, 18/5990, 18/6155, 18/5294);
- Eine Verlängerung der sogenannten Altfallregelung gefordert, um die Lage von Flüchtlingen angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise zu entspannen und Kettenduldungen zu vermeiden (Drs. 18/735);
- Beantragt, die Abschiebung von Roma und anderen Minderheiten in das Kosovo zu unterbinden (Drs. 18/3903);
- Mit der Veranstaltung „EU-Förderung für hessische Integrations-, Antirassismus und Menschenrechtsprojekte“ über Zugang zu EU-Förderprogrammen informiert;

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Kultur und Medien:
<http://gruenlink.de/2hf>

Innen:
<http://gruenlink.de/2h7>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>



alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Tatsächlich erfordert erfolgreiche Integration eine dauerhafte Anstrengung aller Beteiligten, der Zugezogenen wie der Aufnahmegerellschaft, und sie erfordert Maßnahmen zur Unterstützung dieses Prozesses. Ziel von Integration ist vollumfassende Teilhabe der Einwanderer und ihrer Nachkommen an allen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. in der Schule, in der Ausbildung oder auf dem Arbeitsmarkt.

Um an Wahlen teilnehmen zu können, ist die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft notwendig. Obgleich die Zahl der Eingebürgerten in den letzten Jahren erfreulicher Weise zugenommen hat, machen immer noch zu wenig Menschen von ihrem Recht, sich einzubürgern zu lassen Gebrauch. Daher sind wir GRÜNE für eine Einbürgerungskampagne, um für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft aktiv zu werben. Unter dem geltenden Staatbürgerschaftsrecht, in das nach der Anti-Doppelpasskampagne von Roland Koch das „Optionsmodell“ als Kompromiss aufgenommen wurde, erhalten junge Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Nationalität nur auf Zeit: Mit Volljährigkeit müssen sie sich für die deutsche oder die Herkunftsstaatsangehörigkeit entscheiden. Beide dürfen sie nicht behalten – was absurd ist, weil bei 50 Prozent aller sonstigen Einbürgerungen Doppelstaatlichkeit akzeptiert wird. Daher möchten wir, dass die Optionspflicht aufgehoben und Mehrstaatlichkeit hingenommen wird.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in den vergangen fünf Jahren Aktionismus statt Integrationspolitik betrieben. Ohne Plan wurden Projekte querbeet verstreut gefördert. Gerade bei ihrem Lieblingsprojekt der „Modellregion Integration“ wird augenfällig, dass ihr nichts einfiel, als verschiedene sinnvolle kommunale Projekte zu begleiten und sich selbst auf die Fahnen zu schreiben. Da die Kommunen gezwungen waren innovative und nur neue Projekte zu fördern, hat dies zudem zur Folge gehabt, dass viele langjährig gutlaufende Projekte in den Kommunen eingestampft werden mussten, weil dafür kein Geld mehr vorhanden war. Statt Integration weiterhin als Projekt zu betrachten, sind wir für eine nach-

haltige und auf finanziell sichere Füße gestellte Integrationspolitik vor Ort.

Der von der Landesregierung nach über zehn Jahren Diskussion an 27 Grundschulen eingeführte islamische Religionsunterricht ist viel zu wenig, viel zu spät. Wird dieses Tempo beibehalten erhalten die rund 60.000 muslimischen Kinder in Hessen erst im Jahre 2070 entsprechende Angebote.

Und auch die so wichtige Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse macht Stopp auf halber Strecke: Gerade bei Einstieg in das deutsche Berufsleben wären Beratungs- und Nachqualifizierungsangebote oder berufsbezogene Sprachkurse von großer Bedeutung für die Chance ihre Abschlüsse anerkannt zu bekommen und damit Teilhabegerechtigkeit gewesen.

Fehlanzeige auch bei spezifischen Förderangeboten und interkultureller Förderberatung für Unternehmensgründer mit Migrationshintergrund. Dabei ist der Anteil der selbständigen und Unternehmensgründer unter Migranten dreimal so hoch wie unter Menschen ohne Migrationshintergrund. Diesen Konjunktur- und Jobmotor vernachlässigt Schwarz-Gelb konsequent.

Und selbstverständlich benötigen wir die interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit der Menschen mit Migrationshintergrund auch besonders im öffentlichen Dienst, als Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten aber auch als reguläre Beamte. Entsprechende Kampagnen – Fehlanzeige.

Das alles und noch viel mehr – Integrationsgesetz, Integrationskonzept oder Integrationsplan – hätte die Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren machen können. Der fehlende Wille jedoch hat zur Folge gehabt, dass außer Modellregion Integration und der Einführung islamischen Religionsunterrichts auf nur 27 Grundschulen keine weiteren sichtbaren Schritte getan wurden. Schwarz-Gelb ist ideen- und willenlos, gerechte Teilhabechancen zu schaffen und Integration zu fördern.

In unserem Integrationskonzept haben wir die wesentlichen Maßnahmen einer GRÜNEN Integrationspolitik skizziert. In unserer parlamentarischen Arbeit haben wir versucht, der Landesregierung zu helfen, eine bessere Integrationspolitik zu machen.

MEHR IM NETZ

Weitere Informationen zu diesen und zu verwandten Themen finden Sie auf unseren entsprechenden Themenseiten:

Integration & Migration:
<http://gruenlink.de/2h8>

Demokratie & Recht:
<http://gruenlink.de/2hb>

AUFGEBROCHEN ZU NEUEN UFERN

MARTIN HÄUSLING

Martin Häusling war von 2003 -2009 Mitglied des Landtages und fachpolitischer Sprecher für Landwirtschaft, Forsten, Jagd, Europa, Verbraucherschutz sowie ländliche Räume und Gentechnik.

Mit der Europawahl vom 7.Juni 2009 ist Martin Häusling für die GRÜNEN in das Europäische Parlament (EP) gewählt worden und hat sein Landtagsmandat niedergelegt. Im EP ist er Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Mitglied des Haushaltskontrollausschusses.



MARGARETE HÖLDOBBLER-HEUMÜLLER



Margarete Hölldobler-Heumüller war von 2003 bis 2012 Mitglied der GRÜNEN Fraktion. Sie war zuständig für Wirtschaftspolitik, Aus- und Weiterbildung.

Im Februar 2012 hat Margarete Hölldobler-Heumüller ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niedergelgt.

ANDREAS JÜRGENS

Andreas Jürgens war von April 2003 bis Ende April 2012 Mitglied des Hessischen Landtags und für DIE GRÜNEN zuständig für die Bereiche Rechts- und Justizpolitik, Behindertenpolitik und Gleichstellungspolitik.

Seit dem 1. Mai 2012 ist er Erster Beigeordneter des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.



SARAH SORGE



Sarah Sorge war von 2001 bis 2012 Mitglied des Landtags und für die Bereiche Wissenschafts- und Kulturpolitik zuständig. Von 2005 an war sie außerdem Vizepräsidentin des Landtags.

Seit März 2012 ist Sarah Sorge Stadträtin und Dezernentin für Bildung und Frauen der Stadt Frankfurt am Main.

SERVICE & KONTAKT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag - Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 / 350 582 - Fax: 0611 / 350 600 - E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

SEKRETARIATE

Sabine Burg - Ellen Enslin, Kordula Schulz-Asche, Marcus Bocklet, Mürvet Öztürk, Daniel May
E-Mail: e.burg@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 651

Stefanie Euler - Angela Dorn, Sigrid Erfurth, Martina Feldmayer, Jürgen Frömmrich, Ursula Hammann, Frank Kauffmann, Kai Klose, Monne Lentz, Daniel Mack, Karin Müller
E-Mail: s.euler@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 603

Eveline Hoja - Tarek Al-Wazir, Mathias Wagner
E-Mail: e.hoja@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 590

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Elke Cezanne - Pressesprecherin
E-Mail: e.cezanne@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 597

Till Haupt - Referent für Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: t.haupt@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 586

Therese Kosowski - Mitarb. Pressestelle
E-Mail: t.kosowski@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 594

GESCHÄFTSZIMMER

Gabriela Rehbein/ Helmut Ulshöfer
E-Mail: g.rehbein-maelitz@ltg.hessen.de
Tel.: 0611 / 350 582

PARLAMENTARISCHE REFERENTEN/INNEN

Dr. Michael Buss
Wirtschaft, Finanzen, Wohnungspolitik
E-Mail: m.buss@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 596
Sachbearbeitung: Isabel Kemper, 0611 / 350 598,
i.kemper@ltg.hessen.de

Rolf Krämer
Innen, Recht, Kommunales, Integration, Justiziariat
E-Mail: r.kraemer@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 591
Sachbearbeitung: Katarzyna Jochemczyk, 0611 / 350 584
k.jochemczyk@ltg.hessen.de

Christopher Kuhlmann
Referat Fraktionsvorsitz, Medien, Verwaltungsreform
E-Mail: c.kuhlmann@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 592
Sachbearbeitung: Eveline Hoja, 0611 / 350 590,
e.hoja@ltg.hessen.de

Anke Pavlicek
Verbraucherschutz, Agrarpolitik, Gentechnik, ländlicher Raum, Naturschutz und Tierschutz
E-Mail: a.pavlicek@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 595
Sachbearbeitung: Isabel Kemper, 0611 / 350 598,
i.kemper@ltg.hessen.de

Tamina Schilling

Vorstandreferentin, Europa
E-Mail: t.schilling@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 581
Sachbearbeitung: Eveline Hoja, 0611 / 350 590,
e.hoja@ltg.hessen.de

Carsten Schlosser

Klima, Energie, Verkehr, Landesentwicklung, Ressourenschutz
E-Mail: c.schlosser@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 589
Sachbearbeitung: Isabel Kemper, 0611 / 350 598,
i.kemper@ltg.hessen.de

Bettina Schreiber

Gesundheit, Soziales, Frauen, Kinder, Jugend, Behindertenpolitik
E-Mail: b.schreiber@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 587
Sachbearbeitung: Alexander Wosnitza, 0611 / 350 585,
a.wosnitza@ltg.hessen.de

Elena Sebastian

Bildung, Wissenschaft, Hochschulen, Jugendberufshilfe
E-Mail: e.sebastian@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 593
Sachbearbeitung: Alexander Wosnitza, 0611 / 350 585,
a.wosnitza@ltg.hessen.de

Jenny Trefs

Referat Fraktionsvorsitz, Kultur
E-Mail: j.trefs@ltg.hessen.de / Tel.: 0611 / 350 557
Sachbearbeitung: Eveline Hoja, 0611 / 350 590,
e.hoja@ltg.hessen.de



von AbschaltParty bis Konzeptetour



DIE GRÜNE FRAKTION IN DER 18. WAHLPERIODE



GRÜNE KONZEP

WAS JETZT ZU TUN IST - ALTERNATIVEN ZU



100 PUNKTE FÜR HESSEN

ERSCHÖPFTER SCHWARZ-GELBER POLITIK





www.gruene-hessen.de